

Südbayer Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Südbayer Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die schwebelastige Zeitspalte oder deren Raum 35 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 25 Pfg., auswärtige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 21.

Freitag, den 25. Januar 1918.

25. Jahrg.

Worte statt Taten!

Gestern hat endlich der deutsche Reichskanzler seine immer wieder verschobene Rede im Hauptauschuß gehalten. Neues brachte sie nicht. Und doch mußte man erwarten, daß nun endlich die Regierung klipp und klar erklären würde — in gutem Deutsch, nicht in der gewundenen Diplomaten-Sprache, die geschaffen zu sein scheint, um die Gedanken zu verbergen — was sie will. Zwar hat Graf Hertling erklärt, daß die gewaltsame Angliederung Belgiens und Nordfrankreichs keinen Teil der amtlichen deutschen Politik bilde, es gibt aber, wie die Erfahrung gelehrt hat, auch verkappte Anmerkungen. Im Auslande wird man das aus diesen Worten des Reichskanzlers leider wieder herauslesen.

Jetzt, wo die ganze Welt unter den Leiden des Krieges leidet, war es die Pflicht der deutschen Regierung, nicht, wie die Rache um den heißen Brei herumzulaufen, sondern offen mit ihren Kriegszielen herauszutreten. Es war weiter ihre Pflicht, auf das von Wilson ausgegangene Friedensangebot — selbst Graf Czernin bezeichnet es in seiner gestern gehaltenen Rede, die wir leider erst morgen bringen können, als solches — die Bereitschaft zu bezeugen, in Verhandlungen einzutreten. Das war um so leichter möglich, als doch die von Wilson aufgestellten Thesen so manche Berührungspunkte enthalten. Von einem Zeichen der Schwäche kann hierbei, wie wir wiederholt auseinandergesetzt haben, keine Rede sein.

Die Reichskanzlerrede hat ferner insofern enttäuscht, als sie sich auch nicht mit einem Worte gegen die das Vaterland und den Frieden gefährdenden alldeutschen Treibereien gewandt hat. Erfreulicherweise ist das in deutschen Worten vom Genossen Scheidemann nachgeholt worden. Er hielt nicht nur scharfe Abrechnung mit der sogen. Vaterlandspartei, sondern hat auch mit Recht betont, daß jetzt die Zeit der Verhandlungen gekommen sei.

Will die deutsche Regierung den Frieden — und sie hat das wiederholt in feierlichen Worten erklärt — dann muß sie jetzt zur Tat schreiten, muß sich unter voller Wahrung der Unantastbarkeit Deutschlands erneut zu Verhandlungen bereit finden lassen.

Der Worte sind genug gewechselt,
Nun laßt uns endlich Taten sehn!

In der gestrigen Sitzung des Hauptauschusses des Reichstages führte

Reichskanzler Graf Hertling

aus: Meine Herren! Als ich zum letzten Male die Ehre hatte, vor Ihrem Ausschusse zu sprechen, es war am 3. Januar, standen wir so schön es, vor einem in Brest-Litowsk eingetretenen Zwischenfall. Ich habe damals die Meinung ausgesprochen, daß wir die Erledigung dieses Zwischenfalles in aller Ruhe abwarten sollten. Die Tatsachen haben dem auch Recht gegeben, die russische Delegation ist wieder in Brest-Litowsk eingetroffen, die Verhandlungen sind wieder aufgenommen und fortgesetzt worden. Sie gehen langsam weiter und sind außerordentlich schwierig. Auf die näheren Umstände, die diese Schwierigkeiten bedingen, habe ich schon das vorige Mal hingewiesen. Manchmal könnte in der Tat der Zweifel entstehen, ob es der russischen Delegation Ernst sei, mit den Friedensverhandlungen, und allerhand Junksprüche, die durch die Welt gehen, mit höchst seltsamem Inhalte, könnten diese Zweifel bestärken. Trotzdem halte ich an der Hoffnung fest, daß wir auch mit der russischen Delegation in Brest-Litowsk demnächst zu einem guten Abschluß gelangen werden.

Günstiger stehen unsere Verhandlungen mit den Vertretern der Ukraine. Auch hier sind noch Schwierigkeiten zu überwinden; aber die Aussichten sind günstig. Wir hoffen demnächst mit der Ukraine zu Abschlüssen zu kommen, die in beiderseitigem Interesse gelegen und nach der wirtschaftlichen Seite vorteilhaft sein werden. Ein Ergebnis, meine Herren, war bereits am 4. Januar, abends 10 Uhr, zu verzeichnen. Wie Ihnen allen bekannt, hatten die russischen Delegierten zu Ende Dezember den Vorschlag gemacht eine

Einladung an sämtliche Kriegsteilnehmer

ergehen zu lassen. Sie sollten sich an den Verhandlungen beteiligen und als Grundlage hatten die russischen Delegierten gewisse Vorschläge sehr allgemein gehaltenen Art unterbreitet. Wir haben uns damals auf den Vorschlag, die Kriegsteilnehmer zu den Verhandlungen einzuladen, eingelassen unter der Bedingung jedoch, daß diese Einladung an eine ganz bestimmte Frist gebunden sei. Am 4. Januar, des Abends um 10 Uhr, war diese Frist verstrichen, eine Antwort war nicht erfolgt. Das Ergebnis ist, daß wir der Entente gegenüber in keiner Weise mehr gebunden sind, daß wir dann Freiheit haben für Sonderverhandlungen mit Rußland und daß wir auch selbstverständlich an keine von der russischen Delegation uns vorgelegten allgemeinen Friedensvorschläge der Entente gegenüber in keiner Weise mehr gebunden sind. Anstatt der damals erwarteten Antwort, die ausgeblieben ist, sind inzwischen, wie die Herren alle wissen, zwei Ausgebungen feindlicher Staatsmänner erfolgt, die Rede des englischen Ministerpräsidenten Lloyd

George vom 5. Januar und die Botschaft des Präsidenten Wilson vom Tage danach. Ich erkenne gern an, daß Lloyd George seinen Ton geändert hat. Er schimpft nicht mehr und scheint dadurch seine früher von mir angezeifelte Verhandlungsfähigkeit jetzt wieder nachweisen zu wollen. (Heiterkeit.)

Immerhin kann ich nicht soweit gehen, wie manche Stimmen, aus dem neutralen Auslande, die aus dieser Rede Lloyd Georges einen ernstlichen Friedenswillen, ja sogar eine freundliche Gesinnung herauslesen wollen. Es ist wahr, er erklärt, er wolle Deutschland nicht vernichten, habe es nie vernichten wollen. Er gewinnt sogar Worte der Achtung für unsere politische, wirtschaftliche und kulturelle Stellung, aber dazwischen fehlt es doch auch nicht an anderen Äußerungen, die zwischen drängt sich doch immer wieder die Auffassung durch, daß er über das schuldige, aller möglichen Verbrechen schuldige Deutschland Recht zu sprechen habe — eine Gesinnung, meine Herren, auf die wir uns selbstverständlich nicht einlassen können, in der wir von erstem Friedenswillen noch nichts verspüren. Wir sollen die Schuldigen sein, über die die Entente nun zu Gericht sitzt. Das nötigt mich, einen kurzen Rückblick auf die dem Kriege vorangegangenen Verhältnisse und Vorgänge zu werfen, auf die Gefahr hin, längt Bekanntes noch einmal zu wiederholen.

Die Aufrichtung des Deutschen Reiches im Jahre 1871 hatte der alten Zerrissenheit ein Ende gemacht. Durch den Zusammenschluß seiner Stämme hatte das Deutsche Reich in Europa diejenige Stellung erworben, die seinen wirtschaftlichen und kulturellen Leistungen und dem darauf begründeten Anspruch entsprach. (Stavo.) Fürst Bismarck trug das Werk des Bündnis mit Oesterreich-Ungarn. Es war ein reines Defensivbündnis von dem hohen Verbündeten vom ersten Tage an so gedacht und so gewollt. Im Laufe der Jahrzehnte ist niemals, auch nur der letzte Gedanke an einen Mißbrauch zu aggressiven Zwecken ausgegahnt. Insbesondere zur Erhaltung des Friedens sollte das Defensivbündnis zwischen Deutschland und der eng verbundenen, in alter Tradition durch gemeinsame Interessen mit uns verbundenen Donaumonarchie dienen. Aber schon Fürst Bismarck hatte, wie ihm oftmals vorgeworfen wurde, den Abbruch der Koalition, und die Ereignisse der folgenden Zeit haben gezeigt, daß dies kein bloßes schreckhaftes Traumbild war. Mehrfach trat die Gefahr feindlicher Koalition, die den verbündeten Mittelstaaten drohte, in die Erscheinung. Durch die Einreisungspolitik König Eduards ward der Traum der Koalition Wirklichkeit. Dem englischen Imperialismus stand das aufstrebende und erstarbende Deutsche Reich im Wege. In der französischen Revanchelust und in dem russischen Expansionsstreben fand dieser britische Imperialismus nur allzu bereitwillige Hilfe, und so bereiteten sich für uns gefährliche Zukunftsperspektiven vor. Schon immer hatte die geographische Lage Deutschlands die Gefahr eines Krieges auf zwei Fronten uns nahegerückt. Jetzt wurde sie immer sichtbar. Zwischen Rußland und Frankreich wurde ein Bündnis abgeschlossen, dessen Teilnehmer das Deutsche Reich und Oesterreich-Ungarn an Einwohnerzahl um das Doppelte übertrafen. Frankreich, das republikanische Frankreich, ließ dem zaristischen Rußland Milliarden zum Ausbau der strategischen Bahnen im Königreich Polen, die den Aufmarsch gegen uns erleichtern sollten. Die französische Republik zog den letzten Mann zur dreijährigen Dienstzeit heran. So schuf Frankreich neben Rußland eine bis an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit gehende Rüstung. Beide verfolgten dabei Zwecke, die unsere Gegner jetzt als imperialistische bezeichnen. Es wäre pflichtvergessen gewesen, wenn Deutschland diesem Spiel ruhig zugehört hätte, wenn nicht auch wir uns eine Rüstung zu schaffen versucht hätten, die uns gegen die künftigen Feinde zu schützen hätte.

Meine Herren! Ich darf vielleicht daran erinnern, daß ich selbst als Mitglied des Reichstages sehr häufig über diese Dinge gesprochen habe und daß ich bei den neuen Rüstungsausgaben stets darauf hingewiesen habe, daß das deutsche Volk, wenn es diesen Rüstungen zustimmte, lediglich eine Politik des Friedens treiben wollte, daß diese Rüstung uns nur ausgenötigt sei zur Abwehr gegen die uns vom Feinde drohende Gefahr. Es scheint nicht, daß diese Worte irgendwie vom Auslande beachtet worden wären.

Und nun

Elßaß-Lothringen.

Elßaß-Lothringen, von dem auch jetzt wieder Lloyd George redet. Auch jetzt spricht er wieder von dem Unrecht, das Deutschland im Jahre 1871 Frankreich angetan habe. Elßaß-Lothringen — ich sage es nicht Ihnen, Sie bedürfen der Belehrung nicht, aber im Auslande scheint man die Dinge immer noch nicht zu fassen. Elßaß-Lothringen umfaßt bekanntlich zum größten Teile rein deutsche Gebiete, die durch Jahrhunderte lang fortgesetzte Vergewaltigung und Rechtsbrüche vom Deutschen Reiche losgerißt wurden bis endlich 1789 die französische Revolution den letzten Rest verjagte. Damals wurden sie französische Provinzen. Als wir im 70er Kriege die uns fremdenlich entzifferten Landstriche zurückverlangten, war das nicht eine Eroberung fremden Gebietes, sondern recht eigentlich, was man heute Desameration nennt. Diese Desameration ist denn auch von der französischen Nationalversammlung, der verfassungsmäßigen Vertretung des französischen Volkes in damaliger Zeit, am 29. März 1871 mit großer Stimmenmehrheit ausdrücklich anerkannt worden. Und auch in England, meine Herren, sprach man damals ganz anders als heute. Ich kann mich auf einen klassischen Zeugen berufen. Es ist kein anderer als der berühmte englische Historiker und Schriftsteller Thomas Carlyle, der in einem Briefe an die „Times“ und zwar im Dezember 1870, folgendes schrieb:

„Kein Volk hat je schlimme Nachbarn, wie ihn Deutschland während der letzten 400 Jahre an Frankreich befaß. Deutschland wäre verrückt, wenn es nicht daran dächte, einen Grenzwall zwischen sich und einem solchen Nachbar zu errichten — ich bemerke, daß ich die sehr harten Ausdrücke, welche Carlyle in diesem Zusammenhang gegen Frankreich gebraucht, nicht wieder-

holt nicht wiederholt habe) — einen solchen Grenzwall sich zu errichten, wo es Gelegenheit dazu hat. Ich weiß von keinem Naturgesetz und keinem Himmelsparlamentsbeschlusse kraft dessen Frankreich allein von allen irdischen Wesen nicht verpflichtet wäre, einen Teil der geraubten Gebiete zurückzuerstatten, wenn die Eigentümer, denen sie entziffen wurden, eine günstige Gelegenheit haben, sie wieder zu erobern.“

Und im gleichen Sinne sprachen sich angesehenere Presseorgane — ich nenne beispielsweise die „Daily News“ —

Wilson.

Meine Herren! Auch hier erkenne ich an, daß der Ton ein anderer geworden ist. Es scheint, daß die damalige einmütige Zurückweisung des Versuches Wilsons, in seiner Antwort auf die Botschaft zwischen der deutschen Regierung und dem deutschen Volke Zwietracht zu stiften, ihre Wirkung getan hat. Diese einmütige Zurückweisung konnte Wilson schon auf den rechten Weg leiten. Der Anfang dazu ist vielleicht gemacht, denn jetzt ist wenigstens nicht mehr die Rede von einer Unterdrückung des deutschen Volkes durch die autokratische Regierung, und die früheren Angriffe auf das Haus Hohenzollern sind nicht wiederholt worden. Auf solche Darstellungen der deutschen Politik, die sich auch jetzt noch in Wilsons Botschaft finden, will ich nicht eingehen, sondern im einzelnen die Punkte besprechen, die Wilson darlegt. Es sind nicht weniger als 14 Punkte, in denen sein Friedensprogramm formuliert wird, und ich bitte um Ihre Geduld, wenn ich diese 14 Punkte so kurz als möglich hier zum Vortrag bringe.

Der erste Punkt verlangt, es sollen keine geheimen internationalen Vereinbarungen mehr stattfinden. Meine Herren! Die Geschichte lehrt, daß wir uns am ehesten mit einer weitgehenden Publizität der diplomatischen Abmachungen einverstanden erklären könnten. Ich erinnere daran, daß unser Defensivbündnis mit Oesterreich-Ungarn seit dem Jahre 1888 aller Welt bekannt war, während die Oeffentlichkeitsabmachungen zwischen den feindlichen Staaten erst im Laufe des Krieges und zuletzt durch die Enthüllungen der russischen Geheimnisse das Licht der Oeffentlichkeit erblickte. (Sehr richtig!) Auch die Verhandlungen in Brest-Litowsk vor aller Oeffentlichkeit bemerken, daß wir durchaus bereit sein könnten, auf diesen Vorschlag einzugehen und die Publizität der Verhandlungen als einen allgemeinen politischen Grundsatz zu erklären.

Im zweiten Punkt fordert Wilson die Freiheit der Meere. Die vollkommene Freiheit der Schifffahrt auf dem Meere in Krieg und Frieden wird auch von Deutschland als eine der ersten und wichtigsten Zukunftsforderungen aufgestellt. Hier besteht also keine Meinungsverschiedenheit. Die von Wilson am Schluß eingefügte Einschränkung — ich brauche sie nicht wörtlich anzuführen — ist nicht verständlich und scheint überflüssig. Sie würde also am besten weggelassen. In hohem Grade aber wichtig wäre für die Freiheit der Schifffahrt in der Zukunft, wenn auch stark beschränkte Flottenstützpunkte wichtiger internationaler Verkehrsstraßen, wie sie England in Gibraltar, Malta, Aden, Hongkong, auf den Falklands-Inseln und an manchen anderen Stellen unterhält, ver-zichtet werden könnte.

3. Beseitigung aller wirtschaftlichen Schranken. — Auch wir sind mit der Beseitigung wirtschaftlicher Schranken, die den Handel in überflüssiger Weise einengen, durchaus einverstanden. Auch wir verurteilen einen Wirtschaftsfriede, der unabweislich die Ursachen künftiger kriegerischer Verwicklungen in sich tragen würde.

4. Die Beschränkung der Rüstungen. — Wie schon früher von uns erklärt wurde, ist der Gedanke einer Rüstungsbeschränkung durchaus diskutabel. Die Finanzlage sämtlicher europäischer Staaten nach dem Kriege dürfte einer betrieblichen Lösung den wirksamsten Vorstoß leisten. (Sehr richtig!)

Man sieht also, meine Herren, über die vier ersten Programmpunkte könnte man ohne Schwierigkeit zu einer Verständigung gelangen.

Ich wende mich zum fünften Punkte: Stilllegung aller kolonialen Ansprüche und Streitigkeiten. Die praktische Durchführung der von Wilson aufgestellten Grundzüge in der Welt der Wirklichkeit wird einigen Schwierigkeiten begegnen. Jedenfalls glaube ich, daß es zunächst dem größten Kolonialreich — England — überlassen bleiben könnte, wie es sich mit diesem Vorschlag seines Verbündeten abfinden will. Bei der Umbildung auch von uns geforderten Neugestaltung des Weltkolonialbesitzes wird von diesem Programmpunkte seinerzeit zu reden sein.

6. Räumung des russischen Gebietes. Nachdem die Entente-staaten es abgelehnt haben, innerhalb der von Rußland und den vier verbündeten Mächten vereinbarten Frist sich den Verhandlungen anzuschließen, muß ich im Namen der letzteren eine nachträgliche Einmischung ablehnen. Wir stehen hier vor Fragen, die allein Rußland und die vier verbündeten Mächte angehen. Ich halte an der Hoffnung fest, daß es unter Anerkennung der Selbstbestimmung der westlichen Randvölker dem ehemaligen russischen Kaiserreich gelingen wird, zu einem guten Verhältnis sowohl mit diesen als mit dem übrigen Rußland zu gelangen, dem wir aufs dringendste die Rückkehr geordneter, die Ruhe und Wohlfahrt des Landes gewährleistender Zustände wünschen.

Punkt 7 kommt auf die belgische Frage. Was die belgische Frage betrifft, so ist von meinen Amtsvorgängern wiederholt erklärt worden, daß

zu keiner Zeit während des Krieges die gewaltsame Eingliederung Belgiens in Deutschland einen Programmpunkt der deutschen Politik gebildet habe. Die belgische Frage gehört zum Komplex der Fragen, deren Einzelheiten durch die Kriegs- und Friedensverhandlungen zu ordnen

sein werden. Solange unsere Gegner sich nicht rüchhaltlos auf den Boden stellen, daß die Integrität des Gebietes der Verbündeten die einzig mögliche Grundlage von Friedensverhandlungen

Selbst nicht, muß ich an dem Bisherigen festhalten. Punkt 10 und 11.

Vornahme der belgischen Angelegenheit aus der Gesamt- disposition ableiten.

Punkt 8. Befreiung des französischen Leucitoriums.

Die okkupierten Teile Frankreichs sind ein wertvolles Lauspfand in unserer Hand.

Auch hier bildet die gewalttätige Angliederung keinen Teil der antilich deutschen Politik.

Die Bedingungen und Modalitäten der Räumung, die den vitalen Interessen Deutschlands Rechnung tragen müssen, sind zwischen Deutschland und Frankreich zu vereinbaren. Ich kann nur nochmals ausdrücklich betonen, daß von einer Abtretung von Reichsgebiet nie und niemals die Rede sein kann.

Punkt 9, 10 und 11. Italiens Grenzen, Nationalitätenfrage der Donaumonarchie, Balkanstaaten.

Was die von Wilson unter 9, 10 und 11 behandelten Fragen betrifft, so berühren sie sowohl mit den italienischen Grenzfragen, als mit denen der künftigen Entwicklung der österreichisch-ungarischen Monarchie und in der Frage der Zukunft der Balkanstaaten Punkte, bei denen zum großen Teil die politischen Interessen unseres verbündeten Oesterreich-Ungarns überwiegen. Wo deutsche Interessen im Spiele sind, werden wir nie auf das nachdrücklichste wahrten.

Punkt 12. Türkei. Ebenfalls möchte ich bei den unter 12 von Wilson herührten Angelegenheiten, die unseren treuen, tapferen und mächtigen Bundesgenossen, die Türkei betreffen, in keiner Weise der Stellungnahme ihrer Staatsmänner vorziehen.

Punkt 13 behandelte Polen. Nicht die Entente, die für Polen nur inhaltliche Worte fand und vor dem Kriege nie bei Rußland für Polen eingetreten ist, sondern das Deutsche Reich und Oesterreich-Ungarn waren es, die Polen vor dem seine nationale Eigenart unterdrückenden russischen Regiment befreite.

Der letzte Punkt behandelt den Verband der Völker. Was diesen Punkt betrifft, so habe ich, wie aus meiner bisherigen politischen Tätigkeit sich ergibt,

jeden Gedanken unparteiisch gegenüber, der für die Zukunft die Möglichkeit und Schicksalhaftigkeit von Kriegen ausschalten und das freundschaftliche harmonische Zusammenarbeiten der Völker fördern will.

Wenn der von Präsident Wilson angeregte Gedanke des Verbandes der Völker bei nächster Ausübung und Förderung ergibt, daß er wirklich im Geiste vollkommener Gerechtigkeit gegen alle und vollkommenste Vorranghaftigkeit gefaßt ist, so ist die kaiserliche Regierung gern bereit, wenn alle anderen interessierten Regierungen geneigt sein werden, einer Festlegung der Grundlage eines solchen Verbandes nach zu streben.

Meine Herren! Wir haben die Rede von Lord George und die Beschlüsse des Präsidenten Wilson kennen gelernt. Ich muß wiederholen, was ich zu Anfang sagte,

wie wichtig war fragen, ob aus diesen Reden und Beschlüssen uns wirklich ein klarer, echter Friedenswille entgegensteht.

Sie empfehlen gewisse Grundzüge für einen allgemeinen Weltfrieden, denen auch wir zustimmen,

und die die Ausgangs- und Leitlinien der Verhandlungen bilden können. Aber andere Punkte, die für uns und unsere Verbündeten von entscheidender Bedeutung sind, da sie ein Friedenswille weniger betonen. Unsere Gegner wollen Deutschland nicht vernichten, aber sie wünschen nach Osten weiter und anderer Verbündeten Länder. Sie reden mit Achtung von Deutschlands Stellung, aber inwiefern bringt immer die Forderung durch, als seien wir die Schuldigen, die Ruhe und Befriedigung geloben müssen.

Um Ihnen dies zu erleichtern, möchte ich Ihnen erinnern, wie dem wirklich die Lage ist. Wegen der sich jetzt geltend machen. Unsere militärische Lage ist niemals so günstig gewesen, wie sie jetzt ist. (Stimm.) Wir unseren gemalten Verbündeten haben wir mit unermüdlicher Zähmheit in die Zukunft. Durch die ganze Armee, durch die Offiziere und Mannschaften geht ungebrochene Kampfeslust. Ich erinnere an das Wort, das ich am 28. November im Hause sprach: Unsere unerschütterliche Friedensbereitschaft, der Geist der Verbündeten.

Wir haben uns nicht nur für die Entente, sondern für den Krieg immer weiter zu verlagern. Je länger uns unsere Feinde hierin haben, die sich daraus ergebende Konsequenzen zu tragen. Wenn die Führer der feindlichen Mächte also wirklich zum Frieden geneigt sind, so müssen sie ihr

Verhalten nachweislich ändern.

Wenn sie das tun und mit uns Sachverständigen kommen, dann werden wir auch diese unsere Grundsätze, deren oberer Ziel ist kein anderes, als Sicherberückung eines dauernden, allgemeinen Friedens.

Aber nicht dauernd, allgemeine Frieden ist so lange nicht möglich, als die Interessen des Deutschen Reiches, als die Sicherung seiner Lebensinteressen und der Selbstrechte unserer Verbündeten nicht geschützt werden. Bis dahin heißt es mühsam zusammenarbeiten und abwarten. In Zeiten, meine Herren, sind wir alle einzig (Schlußwort). Ueber die Wünsche und Hoffnungen können wir ungeschwehrt Reden halten. Aber lassen wir jetzt alle diese Friedenswörter bei Seite. Lassen wir jetzt alle diese Friedenswörter bei Seite. Lassen wir jetzt alle diese Friedenswörter bei Seite.

Sie ganz Friede wird nur mit uns kommen.

Das Deutsche Volk erregt in demselben Augenblicke die Aufmerksamkeit der Welt in demselben Augenblicke. Sie haben schon und werden gerade ich ganz besonders an die Folgen der letzten Friedensverträge und der jetzt bestehenden Verhältnisse denken. Ich erinnere an das Wort, das ich am 28. November im Hause sprach: Unsere unerschütterliche Friedensbereitschaft, der Geist der Verbündeten.

Die Erklärung des Kanzlers. Der Lord, den Wilson und Lord George angefragt haben, ist zweifellos heute anders als vormals. Einzelne in die Debatte eingebrachte Punkte werden keine Schwierigkeiten für eine Verständigung bieten. Die Einverleibung Elsaß-Lothringens an Deutschland war die Gutmachung begrenzter Unrechts. Dadurch erst sind die südlichen Staaten geehrt worden. Wir haben nie verlangt, Belgien zu annektieren. Was den Osten anbelangt, so gehört dem Staatssekretär v. Kühlmann Dank und Anerkennung für sein Verhalten. Die Angriffe eines Teiles der Presse, die die Verhandlungen erschweren, müssen scharf zurückgewiesen werden. Das Vorgehen des Generals Hoffmann mag aufgefallen sein, aber es ist nicht zu mißbilligen, wenn er Herrn Trojki gegenüber ein deutliches Wort geredet hat. Was die Räumung der Gebiete im Osten anlangt, so ist dieses erst möglich, wenn die militärische Sicherung Deutschlands feststeht. Deshalb sind die vom Staatssekretär v. Kühlmann aufgestellten Richtlinien freundlich zu beurteilen. Die Frage und der Ausbau unserer Verhältnisse zur Donaumonarchie ist unsere vornehmste Aufgabe. Wer dieses Verhältnisses trüben will, begeht ein Verbrechen am Vaterland.

Wir erleben heute auf dem Gebiete der Beschimpfung des Volkstums, das je dagewesen. Den Sozialdemokratischen Führern droht man mit Anwendung von Gewalt. Dieses Treiben kann nur Verachtung auslösen. Zwei Parteien stehen sich gegenüber, die einen wollen den Verständigungs-, die anderen den Selbstfriede. Die Prophezeiungen über die Rückungen des U-Boot-Krieges haben sich nicht entfernt erfüllt. Hohe militärische Stellen glauben selber nicht an die Aushungerung Englands. Der U-Boot-Krieg schädigt England, hat aber als höheren Erfolg bisher nur das Eingreifen Amerikas aufzuweisen. Ob die in Aussicht gestellte Öffnung der Frieden bringt, ist sehr zweifelhaft. Wir haben gewisse Länder überrascht, aber keine hat deshalb mit uns Frieden geschlossen.

Man lasse von dem Gedanken, daß ein Gewaltfrieden möglich sei.

Die Dahnemirer allerdings haben nichts zu riskieren. Jeder vernünftige Mensch muß sich sagen, daß die phantastischen Pläne gewisser Kreise unerfüllbar sind.

Belagerer Lauch mag unsere Unterhändler in Brest-Litowsk geritten haben, als sie die Erklärung vom 28. Dezember abgaben!

Damit war der Erfolg in Frage gestellt. Tirpitz und die Vaterlandspartei haben erklärt, der Kanzler sei mit ihnen einig. In Oesterreich hat sich der Zorn des Volkes entladen; man hat Schmachts auf den deutschen Kaiser ausgeschossen. Schuld daran ist die Vaterlandspartei, die drauf und dran ist, unsere letzten Bundesgenossen auszusperren zu lassen. Die Rede des Generals Hoffmann hat die Differenzen zwischen Zivil und Militär

erleutert lassen. Diese Rede hat den letzten Anstoß zu dem Streit gegeben, aber wie liegen die Dinge bei uns? Die Festredende hat es gezeigt. Vaterlandsverteidigung: ja, Militärrégiment, vollstündige Generale: nein! Den Frieden hätte man bei einem anderen Versehen schon gehabt. Die letzten Erklärungen des Grafen Czernin beweisen, daß Oesterreich nicht für einen Machtfrieden kämpfen will.

Wenn es noch Zeit ist, dann schließt man mit Rußland den Frieden, der zu haben ist.

Der Kanzler ist sich der Schwere der Rede Wilsons bewußt, um so bestrebt, daß er diese Beschlüsse nicht als Grundlage für Friedensverhandlungen anerkennen will. Die Differenzen sind nicht so, daß sie nicht zu überwinden wären. Als Differenzpunkt bleibt in der Hauptache Elsaß-Lothringen, das auf keinen Fall abgetreten werden kann. Aber daraus wird die Entente den Frieden nicht scheitern lassen.

Sollen wir deshalb den Krieg fortsetzen, weil wir grundsätzlich jede Verhandlung darüber ablehnen?

Sollen wir österreichischer sein als Oesterreich selbst? Auch gegenüber der Türkei war eine Lösung mit der Entente gefunden worden, die jeden Vorwurf der Unlösbarkeit ausschließt. So muß auch über die jütischen Punkte eine Verhandlung mit der Entente möglich sein.

Jetzt ist die Zeit der Verhandlungen gekommen. Die Zahl derjenigen wird wachsen, die Deutschland die Schuld zuschreiben, wenn es jetzt nicht zu Friedensverhandlungen kommt. Niemand jedoch, daß Deutschland alle Sätze Wilsons unverändert annimmt. Aber zur Befriedigung der noch vorhandenen Gegenstände sind

Verhandlungen notwendig.

und zwar Verhandlungen, bei denen von keinem Staate auf eine Vergewaltigung anderer Staaten hingearbeitet wird. Die volle Sicherberückung Belgiens ist unsere Ehrensache. Ich hätte gewünscht, daß dies der Herr Reichskanzler ausdrücklich und klar ausgesprochen hätte, selbstverständlich unter der Voraussetzung, daß unser Land unerschütterlich bleibt. Wir werden alles tun, um nicht nur für eine Regierung, die es auf Eroberungen abgesehen hat.

Das Deutsche Volk will mit dem Frieden der Alliierten gegen unsere Verbündeten nichts gemein haben. Eine Verletzung der Selbstbestimmungsrechte der Völker würde eine Verhandlung mit Rußland nicht möglich machen. Aber von der Reden bis zur ersten Sitzung war man der Meinung, daß man die von Rußland ausgesetzte Friedens- bereitschaft annehmen sollte. Die Angriffe der gemäßigten Presse auf unsere Unterhändler waren nicht nur unangebracht, sondern sogar schändlich. Man kann die Polen nicht wieder an Rußland aussetzen. Die Dahnemirer haben den Willen zur Selbständigkeit. Sie zu unterwerfen, insbesondere durch Ansehen der Volkserhebung, erregt nur Empörung. Die Zurückziehung der Truppen ist nicht ohne weiteres möglich. Der Reichstag wird die Regierungspolitik betreffend des Selbstbestimmungsrechtes der Völker und seine Zusammenhänge mitteilen. Die Anstrengungen haben mit ihrem Tröden die Oberste Herrschaft in den politischen Streit hineingezogen. Ich kann es nicht glauben, daß nachdem die deutsche Politik von dem parlamentarischen Prinzip her, ein Offizier sich dem überlegen und seinen Willen durchsetzen, was angebracht werden ist. Unter dieser Willen haben aber militärische Kreise gefunden, mit General Ludendorff. In Oesterreich muß man hoffen, daß man den Verständigungsgeistes, nicht einen Gewaltfrieden wollen. Den parlamentarischen Verhältnissen entspricht es nicht, wenn ein General außer dem höchsten Kommando des Reiches in die Verhandlungen eingreift. Die jütische Rede ist ein offenes Eingeständnis, daß ich begreife es, daß der Reichskanzler es lieblich behauptet hat. Dem gegenüber würdigen ist eine Verantwortung für die belgische Frage. Eine Elsaß-Lothringische Frage gibt es für uns nicht. Das Deutsche Gebiete an Polen können helfen, davon kann es unmöglich die Rede sein. Hinsichtlich unserer Stellung zu Oesterreich können wir nur zu dem Reichstag sagen. Wenn Lord George oder Wilson von der Selbstbestimmung der Völker sprechen, so muß auch von dem Boden gesprochen werden, die England unterwerfen hat, von Island, Kongo, usw. Die Unerschütterlichkeit unseres Gebietes muß

unter allen Umständen garantiert werden. Sobald Wilson das erklärt, wird eine Verhandlungsgrundlage gefunden werden, sonst nicht.

Herr Stresemann (Nat.) rühmt die Wirkungen des U-Boot-Krieges; es sei nicht gut bestellt in England. Es ist bedauerlich, daß bei uns die leitenden Staatsmänner sich so selten öffentlich zu den Reden feindlicher Staatsmänner äußern. In der Rede Lord Georges ist eine Friedensmeinung nicht zu sehen. Er erklärte, bis zum Tode an Frankreichs Seite für die Gewinnung Elsaß-Lothringens zu kämpfen. In den 14 Punkten des Wilsonschen Friedensprogrammes ist viel Sentimentalität. Die Elsaß-Lothringische Frage ist für uns undisputabel, sie kann auch nicht auf internationalen Kongressen behandelt werden. Die Integrität der Türkei ist zu wahren. Der Reichskanzler hat gesagt, wir erheben keine Ansprüche auf Belgien. Das bedarf sich mit dem, was meine Freunde wünschen, wie schon Abgeordneter Bassermann seinerzeit ausgeführt hat. Die slawische Bewegung geht aber auf Selbständigkeit. Diese Bewegung zuzulassen, soll sich die Regierung angelegen sein lassen. Die Lösung der Polenfrage, wie sie vorgezogen ist, bringt die Gefahr einer polnischen Kredita. Die verfassungsmäßige Vertretung, die beim Eintritt der Friedensverhandlungen in den slawischen Grenzländern bestand, muß genügen für den Ausdruck des Selbstbestimmungsrechtes. Redner verteidigt das Verhalten des Generals Hoffmann. Ich kann nicht zugeben, daß die Militärs in politischen Dingen nichts zu sagen hätten. Schließlich wendet Redner sich gegen die Einmischung Oesterreichs in deutsche Verhältnisse. Wir alle wollen den allgemeinen baldigen Frieden. Wir und unsere Regierung sind nicht schuld, daß er nicht schon längst da ist. Weiterberatung Freitag vormittag. Als erster Redner wird Staatssekretär v. Kühlmann sprechen. Ihm wird Graf Westarp folgen.

Die Besprechung der politischen Fragen soll nach Mitteilung des Vorliegenden in dieser Woche beendet werden. Dann soll vorbehaltlich der Zustimmung des Kostenausschusses, eine Verhandlungspause eintreten.

Die Kriegslage.

Die Heeresberichte.

BIS. Berlin, 24. Januar, abends. (Amtlich.) Von den Kriegshauptquartieren nichts Neues.

Wien, 24. Januar. (Amtlich.) Die Lage ist unverändert.

Rußland.

Die Lage in Rußland.

Ueber die Lage in Petersburg erfahren wir, daß die Kämpfe, die sich anlässlich der Auflösung der Konstituante abspielten, nun nur geringem Umfange waren. Die Maximalisten können sich bis jetzt immer noch auf die Petersburger Garnison fest verlassen und die Gegenrevolution verfügt über nur schwache Streitkräfte.

Die Kämpfe gegen die Ukrainer dauern an. Zum Oberbefehlshaber der inneren Front ist der Matrose Dubenski ernannt worden. Die russische 8. Armee beabsichtigt, ihre Stellungen an der Front zu verlassen und sich entweder nach Norden durchzu- schlagen oder aber sich der Regierung in Charlow zur Verfügung zu stellen. Ebenso wollen sich dieser Armee drei Armeekorps der 9. Armee anschließen. Die Ukrainer versuchen, den Abmarsch der Russen zu verhindern.

Auch die Kämpfe zwischen Russen und Rumänen dauern fort und nahmen letzten bei Galatz einen größeren Umfang an. Die Kämpfe nahmen einen für die Russen unglücklichen Ausgang. Daraufhin gingen 2200 Russen mit 22 Geschützen, 23 Feldkühen, 700 Pferden und einer großen Anzahl anderer Gefährte und Kriegsmaterial über. Auch nach Besarabien haben die Rumänen Truppen entsandt. Die von Tcherbatzow geschickten rumänischen Truppen trafen auf maximalistische Truppen und sollen von diesen geschlagen worden sein. Die Kämpfe fanden in der Nähe von Kischinew statt. Bei Taganrog kam es zu heftigen Kämpfen zwischen maximalistisch gesinnten Kubankosaken und Kaledinischen Donkosaken, die zum Vorteil der Maximalisten-Kosaken endigten.

Die russische Nationalversammlung soll in Moskau tagen.

Nach einem aus Petersburg eingetroffenen Telegramm, das das „Journal de Geneve“ weitergibt, suchen die gesamten Parteien die Nationalversammlung in Moskau tagen zu lassen, wo schon mehrere politische Persönlichkeiten eingetroffen seien.

Trojki soll die Verhandlungen weiterführen.

Der Generalkongreß der Arbeiter- und Soldatenräte erteilte nach einem Referate Trojks über die Friedensverhandlungen diesem neue Vollmachten für die Fortführung der Brest-Litowsker Besprechungen. Darauf hatte Trojki längere Beratungen im Arbeiter- und Soldaten-Rat. Es ist wahrheitsgemäß, daß Trojki sich in den nächsten Tagen wieder nach Brest-Litowsk begibt, um an den Friedensverhandlungen teilzunehmen. Bisher sind kein Anzeichen vorhanden, die auf eine Abänderung der Taktik Trojks schließen lassen.

Der russisch-türkische Friedensvertrag.

Wie die „Utro Rossija“ berichtet, liegen dem zwischen der türkischen und der russisch-revolutionären Regierung eingeleiteten Friedensvertrag nachstehende Punkte zugrunde:

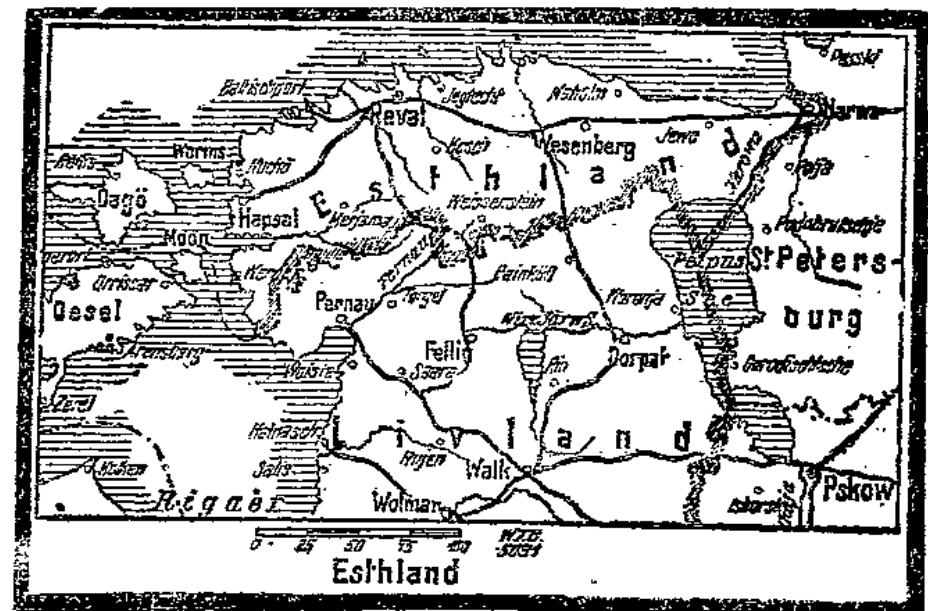
Alle früheren Vereinbarungen zwischen beiden Reichen, die durch den Krieg verschoben und aufgehoben wurden, sind aufgelöst. Es tritt ein neuer Handelsvertrag zu Wasser und zu Lande ein, dessen Innehaltung von Konsulaten wahrzunehmen ist. Kriegs- und Zivilgesetzgebung sind gegenseitig auszuführen innerhalb drei Monaten nach Abschluß des Friedensvertrages. Durch ein Schiedsgericht sollen die zu leistenden Entschädigungen bestimmt werden für die beiderseitigen Grenzbeamten, die durch den Krieg wirtschaftlich geschädigt wurden. Die Durchfahrt durch die Dardanellen und den Bosporus wird den russischen Schiffen und denen anderer Länder, die in freundschaftlichem Verhältnis zu dem ottomanischen Reiche stehen, freigegeben. Persien soll von der türkischen und russischen Befahrung befreit und selbständig werden. Das Befahren des Karischen und Aowischen Meeres ist den türkischen Schiffen freigegeben.

Alle während des Krieges von Rußland okkupierten asiatischen Gebiete, die der Türkei angehört haben, gehen in ihren Besitz zurück. Zur Laufzeit von 6-8 Wochen nach dem Friedensschluß sind alle Zivil- und Militärbehörden, die auf fremdem Territorium vorhanden sind, aufzulösen. Die Oberbefehlshaber der türkischen und russischen Heere verpflichten sich, die Räumung der Grenzlinien und ihre Sicherstellung durchzuführen. Rußland läßt zum Schutz seiner Grenzen eine Division auf der Strecke von 150 Kilometern stehen, demobilisiert aber die anderen Truppen und sorgt für ihre Abwanderung nach dem Annerken des russischen Reiches. Rußland verpflichtet sich auch zur Demobilisierung seiner armenischen und türkischen Truppenteile, die gänzlich entlassen werden sollen. Beide Vertragsparteien schließen den Vertrag im In-

teresse der Verpflegung und völligen Versorgung der Grenzbe- wohner und ihres Ansiedlungsgebietes, bis letzteres zu einem normalen Zustand gelangt ist.

Ein kleiner Fortschritt.

Wie die „Telegraphen-Union“ hört, haben die Arbeiten der deutsch-österreichisch-ungarischen-russischen Kommission in Peters- burg einen ersten Erfolg gezeitigt. Die Sendungen für die Kriegs- gefangenen werden von jetzt ab direkt über die Front und nicht mehr durch das neutrale Ausland geleitet werden. Es findet all- wöchentlich eine Sendung statt.



England.

Veränderungen im englischen Kabinett bevorstehend.

Die Pariser Presse bereitet das Publikum auf die Mög- lichkeit neuer Veränderungen im englischen Ministerium vor, an dessen Spitze jedoch selbstverständlich Lloyd George verbleiben werde.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Persien und Russland.

Im Anschluß an die Vertragspläne, die der Regierung der Pforte unterbreitet wurden, hat Trojtsch von West-Pitowsk aus eine Note an die Regierung in Persien telegraphisch gesandt und darauf hin die Aufforderung von dem persischen Gesandten in Pe- tersburg erhalten, die Vertragsbedingungen der russisch-revolution- nären Regierung zum Ausdruck zu bringen. Sie lauten: 1. Es muß eine gemeinsame Grundlage geschaffen werden, um das russi- sche Militär ebenso wie das türkische von den besetzten Gebieten Persiens regelrecht zurückzuführen. 2. Unverzüglich ist das russi- sche Militär dahin zu orientieren, daß es dort nur seiner organi- sierten Rückberufung, bezw. Entlassung zu harten und sich nicht mehr als Werkzeuge der Okkupation Persiens zu betrachten hat. 3. Die russische Kriegsmission in Persien ist gleichfalls zurückzuführen, da sie dort lediglich in der Eigenschaft von Instruktoren der Ka- sakenbrigaden figuriert. 4. Der russischen Vertretung in Persien ist ein Kommissariat anzuschließen, dessen Aufgabe es sein soll, Aufklärung über die politische Lage Russlands zu verbreiten und über die russisch-internationale Politik, die sich auf Achtung der Rechte anderer Völker, unabhängig von ihrer Kraft und Größe, aufbaut. Sodann soll dieses Kommissariat auch verhindern, daß der persischen Bevölkerung irgend ein Verger seitens der einwärts- losen Elemente des russischen Heeres dort zugefügt werde. 5. So- lange das russische Heer auf persischem Boden zu verbleiben ge- zwungen ist, soll es gemäß schnelligst durchzuführender Maßnah- men genügend verpflegt werden, ohne daß der persischen Bewoh- nerschaft hieraus drückende Lasten erwachsen.

Der persische Gesandte in Petersburg, Assad-Chan, wird er- sucht, die Schritte anzugeben, die am besten dahin führen können, mit der Bergewaltigung aufzuräumen, die der Zarismus und die russische Bourgeoisie-Herrschaft in Persien ausgeübt haben.

Aus Süden und den Nachbargebieten.

Freitag, 25. Januar.

Die kommenden Monate.

Daß sich die zweite Hälfte eines jeden Versorgungsjahres während der Kriegszeit immer ungünstiger gestaltet als die erste, das wissen wir aus den Erfahrungen der beiden Vorjahre ganz genau. Auch die erste Hälfte des Jahres 1918 soll, trotz dem kaum noch eine Steigerung möglich erscheint, eine Verschlechterung bringen.

Es ist dringend notwendig, daß man, anstatt Versprechungen zu machen, die Bevölkerung offen und ehrlich unterrichtet, was ist. Der Unterstaatssekretär im Kriegsernährungsamt, Dr. Müller, hat nun in einer Berliner Versammlung vor Vertretern einen Vor- trag gehalten, der wieder einmal „schöne“ Ausichten für unsere Ernährung in den nächsten Monaten eröffnet. Nach Dr. Müller ist die Ernährungsfrage zweifellos gespannt. Trotzdem besteht bei allen Stellen, die sich mit der Ernährungswirtschaft befassen, nicht der geringste Zweifel, daß wir bis zur nächsten Ernte durchhalten werden. Nach Dr. Müllers Auffassung werden wir auch in den kommenden trübsameren Monaten bestehen wie im vergangenen Jahre. Es sei möglich, daß wieder eine Verkürzung der Brot- ration in Betracht komme; jedenfalls aber dürfte die Verkürzung geringer sein als im Jahre 1917. Zu berücksichtigen sei dabei, daß wir ausreichend mit Kartoffeln versorgt seien, und wenn die Brotmenge wirklich verkürzt werden sollte, werde wahrscheinlich wieder eine Erhöhung des Fleischquantums in der Woche als Ersatz ins Auge gefaßt werden.

Das sind im wesentlichen die positiven Andeutungen, die Dr. Müller im Hinblick auf die kommenden Monate machte. Wir brauchen nicht zu betonen, daß wir die Situation noch erheblich ungünstiger ansehen. Wichtig ist die Andeutung einer möglichen Herabsetzung der Ration. Man sollte sich darüber klar sein, daß im laufenden Jahre eine solche Herabsetzung schwerer zu tragen ist als im Vorjahre. Der Vorrat an Nahrungsmitteln ist im laufenden Jahre für die städtische Bevölkerung sehr viel knapper als zur nämlichen Zeit 1917. Vor allem fehlt es an Getreide. Wenn es irgendwie zu erreichen wäre, müßte daher die Brot- ration in ihrer jetzigen Menge aufrechterhalten werden. Wir sind nach wie vor der Ansicht, daß noch erhebliche Getreidemengen aus dem Lande herauszuführen wären, wenn man nur ernstlich wollte. Wenn uns z. B. von einer im Getreideverkehr ziemlich orientier- ten Persönlichkeit mitgeteilt wird, daß in Süddeutschland mitab- seits ein Drittel der Getreideernte hinterherum verfaulen werde, so braucht man eine solche Schätzung zwar noch keineswegs für richtig zu halten. Daß aber nicht nur in Süddeutschland, sondern im ganzen Reich noch erhebliche Mengen für die städtische Be- völkerung zu beschaffen wären, das kann man als höchstwahrschein- lich bezeichnen.

Der amtliche Kriegsbericht.

W.B. Großes Hauptquartier, 25. Januar. (Amtlich.)
Wöchlicher Kriegsberichtsplan.

Zwischen Paellapelle und der Enz, bei Pons und beiderseits der Scarpe lebte die Gefechtsfähigkeit am Vormittag wieder auf. An verschiedenen Stellen der Front Erkundungs- gefechte.

Von den übrigen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister,
Fudendorff.

Die Verminderung der Brotquote durch eine Erhöhung der Fleischmenge gützumachen, ist eine recht gute Ansicht, deren Ver- wirklichung aber nicht erfolgen kann, wie Dr. Müller eigentlich selbst wissen mußte. Wir befürchten aber namentlich weitere und stärkere Verlegenheiten für die Ernährung während der kommen- den Monate von den zu erwartenden Maßnahmen gegen den Schlachthandel, so sonderbar das auch klingen mag. Die Arbeiter der Rüstungsindustrie werden für den Ausfall, der durch sie ein- tritt, aus der öffentlichen Bewirtschaftung Sonderzulagen erhalten müssen. Die öffentliche Bewirtschaftung wird aber nicht leistungsfähiger. Die Folge ist daher, daß für die übrige Bevölkerung die Nahrungsbede noch merklich knapper werden muß, da ja bei der heutigen Wirtschaft nicht daran zu denken ist, daß die nunmehr dem Schlachthandel entzogenen Waren auch der Majorität der städtischen Bevölkerung in eine Bedrängnis, deren Grad und Wirkungen nicht unterschätzt werden dürfen.

Kartoffeln. Die Städtische Kartoffelstelle veröffentlicht in der heutigen Zeitung einen Hinweis auf die unbedingte Not- wendigkeit jeden Mehrverbrauch von Kartoffeln über das zulässige Maß hinaus zu vermeiden und nimmt dabei Bezug auf ein Rundschreiben des Ersten Generalkommandos IX. Armeekorps. Jedem Einzelnen wird dringend an Herz gelegt, von seinem Vorrat nicht mehr als 1 Pfund täglich zu verbrauchen.

Nichtleidt beantwortet uns die Kartoffelstelle die Frage: Wovon sollen denn die Menschen jetzt leben? Das Brotquantum ist unzureichend. Etwas können infolge Fehlens von Milch und Grießwaren nicht ersetzt werden und da reicht auch ein Pfund Kartoffeln pro Tag unter solchen Verhältnissen nicht hin und nicht her. Kartoffeln sind doch wahrlich genug gewachsen, wo sind die geblieben?

Die Frauen und die Kommunalpolitik. Aber dieses Thema nennst du lieber Landessprecher für Frauenstimmrecht am Mittwoch, dem 30. Januar, abends 8 Uhr, in der Loge zum Kühlen, St. Annenstraße 2, einen Vortrag. Als Rednerin ist deutsche Dr. Gertrud Pöschel, die Vorsitzende des Bundes deutscher Frauenvereine, genannt. Da wir in einer Neuauf- nahme unseres Wahlrechtes befaßt sind, dürfte das Thema allgemeines Interesse begegnen. Die Vortragende ist als Rednerin und Schriftstellerin ja in weitesten Kreisen bekannt.

Gibt Euch Gold ab! Uns wird geschrieben: Immer wieder taucht in den Kreisen des Publikums die Frage auf, warum von den Goldankaufstellen Goldschmelz begehrt wird, wenn das Reich die Goldläden in den Nummernläden nicht beschlagnahmt. Nichts wäre natürlicher hereditärer als der Vorwurf, daß die Reichsbank von der Bevölkerung Opfer durch die Herausgabe von Goldschmelz verlangt, andererseits aber nach wie vor Gold zur Herstellung schwerer edler Goldwaren für den Inlandsbedarf abgibt. Aber diese Behauptung besteht nicht zu Recht. Die Reichsbank stellt für solche Zwecke schon seit Jahr und Tag Rohgold nicht mehr zur Verfügung. Zu Beginn des Krieges hat sie allerdings an diejenigen Goldwarenfabriken, die zunächst außerhalb waren, zur Herstellung von Kriegsmaterial überzusehen, um die beteiligten Arbeiter — allein in Pforzheim kamen 800 Arbeiter in Betracht — vor dem Protoswerden zu bewahren, in geringem Umfang noch Gold zur Anfertigung von ganz leichten Goldwaren abgegeben, aber nachdem es schon seit langem gelungen ist, den größten Teil der beteiligten Arbeiterkraft in andere Industrien überzuführen, sind die Gründe für die Lieferung der bislang gewährten geringen Goldmenge fortgefallen, und die Reichsbank hat die Abgabe von Gold zur Deckung von Inlandsbedürfnissen einschließlich der Frau- enwarenfabriken zur Herstellung solcher Goldwaren abgegeben, die lediglich im neutralen Ausland verkauft werden. Das bedingt aber das vaterländische Interesse, denn es liegt auf der Hand, daß die fertigen Waren den Wert des herangezogenen Rohgoldes um ein Vielfaches übersteigen. Für die Bezahlung der aus dem Ausland bezogenen Lebensmittel und Rohstoffe ist das aber von ganz wesentlicher Bedeutung, denn andernfalls wären wir zu der viel unvorteilhafteren Ausfuhr von Rohgold gezwungen. Daß in den Läden der Goldwarenhändler noch edle Goldschmelz zum Verkauf angeboten werden, wird ganz vereinzelt vorkommen, aber das sind sehr lebhafte Ausnahmen. In 99 von 100 Fällen handelt es sich dabei um doubliertes Gold. Niemand wird daraus für sich die Berechtigung herleiten können, sein Gold dem Vaterland vorzuenthalten. Im Gegenteil, es ist Pflicht jedes einzelnen, dem Vaterlande in dieser Zeit zur Verfügung zu stellen, was für ihn jetzt doch nur tote Werte sind. Möge der Ruf in der kommenden Goldwoche nicht ungehört verhallen.

Vortragswesen der Oberschulbehörde. Am 31. Januar wird eine neue Reihe von Vorträgen beginnen. Herr Ober- schuldirektor Dr. Schwarz wird über „Praktische Wetterkunde“ vortragen. Die Gegenstände sind folgende: Am 31. Januar: Schärfe und Wetterkarte. Die Vorherfrage des Wetters auf Stunden; am 7. Februar: Die Elemente der Wetter- bildung. Die Vorherfrage für den Tag; am 14. Februar: Die Wetterzeichen in der Natur. Die Vorherfrage auf Tage; am 28. Februar: Der Einfluß von Sonne und Mond auf das Wetter. Das Wetter der Jahreszeiten; am 14. März: Wetter und Klima. Das Wetter des Jahres. Von der zweiten Vorlesung an wird jedesmal die Entwicklung des Wetters in der vergangenen Woche an der Hand der Wetterkarte besprochen werden. Endlich wird noch eine fünfte Reihe von Vorträgen abgehalten werden von Herrn Oberlehrer Dr. Jung: Das Kunstwerk Thomas Manns. Die Vorträge werden am 6., 13., 20. und 27. Februar sowie am 6. März stattfinden. Die Themen sind: Die Buddenbrooks, Die Persilnächte. Die ersten Romane, Königliche Dohren, Tristan, Kriemhild, Der Tod von Venedig, Friedrich und die große Koalition. Beide Vortragserien werden in der Aula der Gineschenschule stattfinden. Alles andere ist aus den Anschlägen und Inseraten zu erfahren.

Erhöhung der Grenze für die Versicherungspflicht in der An- gestelltenversicherung. Infolge der durch den Krieg hervorgeru- denen Teuerung sind einem Teil der versicherungspflichtigen Ange- stellten Gehaltszulagen gewährt worden, durch die ihr Jahres- arbeitsverdienst 5000 Mark übersteigt, so daß für sie die Versiche- rungsfrist erlischt. In vielen Fällen wird die Erhöhung des Einkommens in Gestalt von Teuerungen, oder Kriegszulagen ge- währt, auf die kein Rechtsanspruch besteht, so daß sie bei Kriegs- schluß oder vorher vom Betriebsinhaber vermindert oder ganz ge- strichen werden können. Es ist also damit zu rechnen, daß für viele Angestellte, die jetzt die 5000-Mark-Grenze überschritten haben, nach dem Kriege wieder die Versicherungspflicht eintritt. Das zeitweilige Ausbleiben aus der Versicherungspflicht während des Krieges müßte für die in Betracht kommenden Angestellten zur Härte werden, wenn nicht rechtzeitig durch eine entsprechende Kriegsverordnung eine Erhöhung der für die Versicherungspflicht maßgebenden Einkommensgrenze vorgenommen wird. Die Not- wendigkeit einer Erhöhung der derzeitigen 5000-Mark-Grenze ist auch schon im Hinblick auf die allgemeine Entwertung des Geldes unbedingt notwendig. Die Arbeitsgemeinschaft freier An-

gestelltenverbände, die alle Berufsgruppen der kaufmännischen, technischen, Bureau-, Bühnen- und sonstigen Angehörigen umfaßt, hat sich deshalb an die gesetzgebenden Körperschaften gewandt und den Erlaß einer Bundesratsverordnung verlangt, wonach die Grenze des für die Versicherungspflicht maßgebenden Jahres- arbeitsverdienstes von 5000 auf 8000 Mark erhöht werden soll. Beschränkt, die während des Krieges wegen Überschreitens der 5000-Mark-Grenze bereits aus der Pflichtversicherung auszuscheiden mußten, sollen ohne Nachzahlung der Beiträge in die alten Rechte eingeleitet werden. Die von der Arbeitsgemeinschaft freier An- gestelltenverbände hier aufgestellte Forderung nach Erhöhung der Gehaltsgrenze in der Angestelltenversicherung entspricht dem all- seitigen Wunsch der Brivatanzgestellten und man darf wohl er- warten, daß diesem berechtigten Verlangen von den zuständigen Stellen schnelligst Rechnung getragen wird.

Frau Clara Wolfson in Berlin hört nicht auf, die Zeitun- gen auf Familienangelegenheiten hin durchzublätern, diese Anzeigen auszuscheiden, unter Glasterler zu kleben und dann das geschmack- lose Ding als Briefbeschwörer unaufgefordert an die, die ein In- teresse an der Familienangelegenheit etwa haben könnten, zu versenden. Für das Nachwerk fordert sie 1,50 Mk., während der wahre Wert höchstens 20 Pf. beträgt. Die Zusendung der Wolfson sind keiner Beachtung wert. Aufforderungen zur Zahlung lasse man unbe- achtet und überlasse sie der Zentralstelle zur Bekämpfung der Schwindelfirmen im Liebed.

Das übliche Staatsbürgerrecht erworben 25, die Staatsange- hörigkeit 28 Personen.

Geflügelausstellung. Zu der von dem Verein zur För- derung der Geflügelzucht am Sonntag dem 20. ds. Mts. veranstalteten Geflügelausstellung hatten die Mitglieder des Vere- ins ihre zum Teil sehr wertvollen Tiere zur Schau gebracht. Wenn nun auch schon mancher Küster, veranlaßt durch den of- fenen recht großen Mangel an Futter, seine Hühner inzwischen bereits dem Suppentopf überwiegen hat, so haben andere es doch vorgezogen, ihre besten Tiere bis jetzt durchzuhalten, um nicht später für schweres Geld sich aus dem Auslande wieder Zucht- material beschaffen zu müssen. Die Beschäftigung war deshalb gegen die früheren vom Verein veranstalteten Ausstellungen eine nicht so große. Daß noch Interesse für die Geflügelzucht vorhanden ist, bewies auch der gute Besuch, jedoch eine namhafte Summe als Ueberfluß der Kriegsverluste für die Hühner überwiegen werden können. An Hühnern waren am härtesten vertreten die Plymouth-Rocks mit 38 Tieren, dann folgten die Minorca, Kam- melhühner, Wyandottes, Italiener usw.; ebenfalls war an Tauben noch sehr gutes Zuchtmaterial zur Stelle. — Durch freiwillige Zeichnung teilens der Mitglieder war eine größere Summe zu- sammengebracht und es dadurch möglich, den Besitzern der Tiere, die durch die Preisrichter als die besten herausgefunden wurden, wertvolle Ehrenpreise zuzuwenden, um sie weiter anzupflegen, ihre Tiere durchzuhalten und möglichst zu vervollkommen.

U-Bootskrieg und U-Bootsfelder. Man schreibt uns: In einem besonders fesselnden Lichtbildvortrag wird am kommen- den Sonnabend, dem 26. Januar, abends 8 Uhr im Wormalaal Herr Oberleutnant a. D., Dr. Böwe-Berlin, Ausführungen über die U-Bootskräfte, ihre Einrichtung, Taktik, Gefahren und Erfolge geben. Ein reiches Bildmaterial, das größtenteils diesem Kriege entstammt, darunter aus großer Nähe aufgenommenen Photographien von Torpedotreffern im Augenblick der Detonation, vermittelt uns einen packenden Eindruck von den Leistungen unterer heldenmütigen U-Bootsleute. Karten zu 1,00 Mk., 50 und 20 Pf. sind an der Abendkasse und im Vorverkauf bei Nagel und Ernst Robert erhältlich.

Vollständiges Konzert. Durch die Verchiebung des Sin- foniekonzertes findet am Montag das 13. vollständige Konzert statt. Es ist ausschließlich Mozart gewidmet. Geöffnet wird der Abend mit der allen Klavierpielern bekannten Phantasie und Sonate in c-moll in der Orchesterbearbeitung von Seyfried, dem die wenig bekannte Konzertante-Sinfonie für Violine und Viola folgt. Solisten sind für dieses Werk die Herren Spanto und Leiden- der. Die zweite Abteilung des Konzertes bringt die Figaro- Ouvertüre, und den türkischen Marsch aus der A-dur-Sonate in der Herbeischen Bearbeitung. Ganz besonders sei auf die prächt- volle Serenade für zwei Soloviolen, Viola und Kontrabaß mit Begleitung des Streichorchesters und Pauken hingewiesen, ein Werk, das sehr selten gehört wird.

Hanatheater. Man schreibt uns: Auf die am Sonnabend, dem 26. d. M. stattfindende Aufführung von Rich. Stowtonnes sattem Lustspiel „Der Eugendho“ machen wir nochmals ganz besonders aufmerksam, umso mehr als der Reinertrag dieser Vorstellung der „Nationalstiftung“ für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen“ überwiesen wird. Am Sonntagabend findet eine Wiederholung dieser Vorstellung statt. Dienstag und Freitag finden Wiederholungen von „Julien's Flitterwochen“ statt. Mittwoch und Sonnabend wird „Die deutsche Sa- janne“ und am Donnerstag „Auf der Sonnenseite“ wie- derholt. Besonders hingewiesen sei nochmals auf die am Sonntag nachmittags stattfindende Volksvorstellung zu kleinen Preisen: „Der Zugbaron“.

Hamburg. Bürgerchaft. Die seit vielen Jahren be- stehende Verwaltungsreform-Kommission wurde gestern einge- setzt. Ihre Aufgaben sollen an die neue Gemischte Kommission übergehen, die für die Reform der Verfassung eingesetzt ist. Ge- nosse Hoffmann nahm die Gelegenheit dieses Begrüßungs- worts, sich mit einigen dringlichen Fragen nach dem Leben und Latendrang der neuen Kommission zu erkundigen. Der Vizeprä- sident Bagge zog ihm dabei aber so enge Grenzen, daß er sich un- terbreiten und keine notwendigen Ausführungen auf ein ander- mal verschieben mußte. Zu Beginn der Sitzung wurde an Stelle des verstorbenen John Rodde sein Fraktionskollege Otto Adloff zum ersten Vizepräsidenten gewählt. Er hatte gleich in dieser Sitzung Gelegenheit, sich als umsichtiger Verhandlungsleiter zu bewähren.

Kiel. Wiedereiner von der alten Garde, der Ge- nosse Friedrich Pries, wurde am Dienstag von den Kieler Genossen zu Grabe getragen. Schon unter dem Sozialistengesetz war er eifrig für unsere Partei tätig, wenngleich er nicht zu denen gehörte, die sich durch besonderes Heroortragen bemerkbar mach- ten. Still, aber unerschütterlich, arbeitete er im Dienste der Partei, bis das Alter ihn zwang, von seiner geliebten Tätigkeit, der Auf- klärung der uns noch fernstehenden Masse, Abstand zu nehmen.

Elmsborn. Erwischter Schleichhändler. Auf dem hiesigen Bahnhof wurde am Sonnabend abend ein Weinbändler aus Hamburg angehalten, der einen schweren Koffer bei sich trug. Nach vorgenommener Untersuchung des Koffers auf der Wache entdeckte man statt der angeblichen „Weinproben“ sechs große ge- räucherte Metwürste und zwei Seiten Speck. Die ledernen Sachen verfielen natürlich der Beschlagnahme. Neben dem Verluste der Hamsterware, die jedenfalls nicht zu Höchstpreisen erstanden sein wird, dürfte eine Bestrafung noch nachfolgen.

Kostol. Das Korn für das Vieh! Vor der Straf- kammer in Kostol war der Hufenspäßer Joachim Beeje in- Diebstahl beschuldigt, von Vorkäten. Die für den Kommunalver- band beschlagnahmt waren 75 bis 80 Zentner Gerste und 10 bis 12 Zentner Roggen ohne Zustimmung der Kreisbehörde veräußert und diese Schrotmengen verheimlicht und an seine Pferde, Schweine und Hühner verfüttert zu haben. Er wurde in eine — Geldstrafe von 800 Mark verurteilt. Mit befriedigtem Erstein wird auch dieser Verbrecher der zur Sicherung der menschlichen Ernährung getroffenen Vorschriften die 800 Mk. Strafe aus der Westfälische zahlen. Das hungrige Volk aber zittert vor Empörung ob der unverständlich gelinden Beurteilung solcher geradezu landesver- rätherischen Straftaten durch die Gerichte.

Wgl. a. Fähr. Auch ein Kriegsgewinn. Die Preise für wertvolles Herbeizuchtmaterial und Gebrauchspferde sind im ganzen Reich bedeutend gestiegen. Es handelt sich dabei nicht nur um Vollblüter, sondern auch um Halbblüter, die in der Provinz

zur Jagd gebraucht werden. So kaufte der schleswig-holsteinische Jäger Kriffin in Midlum auf Jöhr vor zwei Jahren einen Hengst für 6000 Mark, den er nunmehr an eine Pferdebesitzerin in der Provinz für 40 000 Mk. abgab. Der Verdienst von 34 000 Mk. an dem Pferde dürfte wohl auf diesem Gebiete einen Rekord darstellen.

Theater und Musik.

Stadttheater. „Ariadne auf Naxos.“ Oper in einem Aufzuge nebst einem Vorspiel von Hugo v. Hoffmannsthal. Musik von Richard Strauss. Als das „wertvollste musikalische Werk der letzten Zeit“ bezeichnet am letzten Sonntag vormittag der Musikritiker des „Berl. Tagebl.“, Dr. Leopold Schmidt, in einem Einführungsvortrag diese Schöpfung Strauss'. Mit Recht! Es ist eine eigenartige Leistung, die der Komponist hier vollbracht hat. Und sie ist ihm meisterhaft gelungen. Mit 37 Musikern, unter denen die Blasinstrumente im Gegensatz zu früheren Schöpfungen Strauss' ziemlich eingeschränkt sind, schafft er eine Klangfülle von fester Schönheit. Wenn nun noch, wie gestern abend, in Herrn Kapellmeister Wegler ein wahrer Interpret Strauss' Ideen am Dirigentenpult sitzt, der das Orchester ganz mit dem Geiste des Komponisten zu beleben versteht, dann kommt eine musikalische Glanzleistung heraus. Auf die Vorgeschichte und den Inhalt des Werkes brauchen wir an dieser Stelle nicht einzugehen; sie sind in deren Einführung, die aus der Feder des oben genannten Kritikers stammt, und die jeder Theaterzettel der letzten Tage enthält, ausführlich behandelt worden. Nach unserer Meinung würde allerdings das Werk im Spiel gewonnen, wenn hier nicht die Oper mit der Aufführung verbunden wäre. Die schöne Ariadne-Oper wird in ihrer ganzen Wirkung erheblich beeinträchtigt durch die tanzenden und singenden Gestalten der un-

getretenen Zerbinetta und ihrer vier Liebhaber. Doch das ist ja das Eigenartige, Neue, dem wir, wie gesagt, keinen Geschmack abgewinnen können. Die getragene Aufführung verliert im großen und ganzen, zusammenhängend betrachtet, gut. Mit vieler Mühe und zäherm Fleiß hatten sich die Mitwirkenden an die ihnen gestellte schwere Aufgabe herangewagt und sie im allgemeinen zufriedenstellend gemeistert. Nur schien sich uns beim Vorspiel noch eine gewisse Unsicherheit bemerkbar zu machen. Die Hauptrollen lagen in den Händen der Damen Sajih (Komponist) — deren Organ uns gestern in einzelnen Teilen etwas zu kühl klang — Imme — die als Zerbinetta geanglich und darstellerisch auf der Höhe war — und Ludewigs-Korte — deren Ariadne als eine glänzende Leistung bezeichnet werden muß — sowie der Herren Hofer als Bacchus — leider litt der Sänger an einer starken Indisposition — und Schumacher — der mit seinem wohlklingenden Bariton einen lustigen Harlequin schuf. Die übrigen Mitwirkenden reichten sich würdig dem Gesamtspiel ein. Das überaus zahlreich erschienene Publikum dankte den Künstlern und insbesondere Herrn Kapellmeister Wegler für den Genuß, den sie ihm bereitet hatten, durch stürmischen Applaus. **Hr. Eise Erler**, die als Kade umeres Stadttheaters durch ihr ammutiges Spiel erfreute, ist an das Hoftheater in Oldenburg engagiert worden. Mit Abbruch dieser Spielzeit verläßt sie uns.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 24. Januar. (Mitl.) 6 Dampfer und 1 Wachfahrzeug wurden letzten von unseren Unterseebooten versenkt. 4 Dampfer wurden dicht unter der englischen Ostküste, wo die Bewachung besonders stark ist, abgeschossen, einer von ihnen aus einem

durch viele Zerörterer und Fischdampfer gefüllten großen Geleitzug. Der Chef des Admiralstabes der Marine. **Czernin bietet eine Friedensvermittlung an.** Wien, 24. Januar. In seiner Rede sagte Graf Czernin u. a. nach Besprechung der Wilson-Note: Die Differenzen, welche übrig bleiben, scheinen mir nicht so groß zu sein, daß eine Aussprache über diese Punkte nicht zur Klärung und Annäherung führen könnte. Diese Situation, welche sich wohl daraus ergibt, daß Oesterreich-Ungarn einerseits und die Vereinigten Staaten von Amerika andererseits jene Großmächte unter den beiden feindlichen Staatengruppen sind, deren Interessen einander am wenigsten widersprechen, legt die Erwägung nahe, ob nicht gerade ein Gedankenaustausch zwischen diesen beiden Mächten den Ausgangspunkt für eine verständliche Aussprache zwischen allen jenen Staaten bilden könnte, die noch nicht in Besprechungen über den Frieden eingetreten sind. Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co., Gmülich in Lübeck. **Druckfachen** jeder Art für Beamte, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksboten“, Johannisstr. 46.

Bekanntmachung

betreffend den Verkauf von Männerjoden, Kinderstrümpfen sowie Fühlungen.

Dem hiesigen Kommunalverband sind von der Reichsbeleidungsstelle eine Anzahl wollener Männerjoden, wollener Kinderstrümpfe sowie Fühlungen (Krausen-Größen) zur Verfügung gestellt, welche vom 29. Januar 1918 an in nachstehend verzeichneten Geschäften verkauft werden sollen.

1. Männerjoden.

Größe 26—30 cm zu Mt. 2.69 das Paar.

Beim Verkauf werden in erster Linie körperlich arbeitende Männer berücksichtigt (Handwerker, Gärten- und Straßenbahnbetriebl, Briefträger, Räderfahrer usw.)

Der Verkauf findet in der Zeit vom Dienstag, dem 29. Januar 1918 bis einschließlich Sonnabend, dem 9. Februar 1918 nur für die Notwendigsten statt. Falls dann noch Joden übrig bleiben, können auch weitere Kreise der Bevölkerung beliefert werden und wird dann dieserhalb weitere Bekanntmachung erfolgen.

2. Wollene Kinderstrümpfe.

Für das Alter von 2—12 Jahren.

Größe 1 zu Mt. 1.61 das Paar	
2	1.80
3	2.00
4	2.20
5	2.39
6	2.59
7	2.79
8	2.98
9	3.18

Da die Anzahl der zur Verfügung stehenden Kinderstrümpfe äußerst gering ist, können nur die Kinder solcher Familien Strümpfe erhalten, deren Familien-Vorstand ein Einkommen bis zu Mt. 3000.— hat. Die Männerjoden und Kinderstrümpfe werden nur gegen Bezugscheine, welchen ein besonderer Bezugsberechtigungs-Ausweis beigegeben ist, auszugeben.

Bezugscheine für Männerjoden erhalten nur diejenigen Personen, die durch Bescheinigung ihrer Arbeitgeber oder in sonstiger Weise den Nachweis ihrer Tätigkeit erbringen.

Bezugscheine über Kinderstrümpfe werden nur gegen Vorlegung des Steuerzettels ausgestellt.

Die Bezugscheine können schon vom Sonnabend, dem 26. Januar 1918 an abgeholt werden.

Jede Person kann nur ein Paar Männerjoden oder ein Paar Kinderstrümpfe erhalten.

3. Fühlungen.

Franzengröße zu Mt. 2.10 das Paar

sind ohne Bezugschein erhältlich. Lübeck, den 23. Januar 1918. (343)

Das Polizeiamt.

Männerjoden sind zu haben bei:

- Otto Albers, Kohlmarkt 10.
- Carl Bössel, Mühlstraße 31.
- Christ. Bössel, Mühlstraße 31.
- L. Duve, W. Barmstraße 32.
- Ehlers & Reetwisch, Kohlmarkt 1.
- August Haerder & Co., Barmstraße 1—3.
- Holstenhaus, G. m. b. H., Kohlmarkt 25.
- Johs. Holst, Kohlmarkt 5.
- H. Hornbogen, Barmstraße 71.
- Konsumverein, Barmstraße 111.
- Rudolph Karstadt, Barmstraße 57/59.
- Friedr. W. Koch, Barmstraße 7.
- Markmann & Meyer, Barmstraße 44.
- Albert Meinecke, Barmstraße 102.
- Albert Meinecke, Barmstraße 95.
- Albert Meinecke, Barmstraße 94.
- J. H. Pein, Barmstraße 13.
- Georg Petersen, Barmstraße 12.
- Hans Struve, Barmstraße 92.
- Spille & v. Löhmann, Barmstraße 17/19.
- Otto Sehlischting, Barmstraße 19c.
- Wilhelm Friedrichsen, Barmstraße.
- Max Kankel, Barmstraße.
- Jürgen Kamm, Barmstraße.
- Paul Halupka, Barmstraße.

Kinderstrümpfe sind zu haben bei:

- Otto Albers, Kohlmarkt 10.
 - H. Hornbogen, Barmstraße 71.
 - Konsumverein, Barmstraße 111.
 - Otto Sehlischting, Barmstraße 19c.
- Fühlungen sind außer in den mit * bezeichneten Geschäften zu haben bei:
- Heick & Schmalz, G. m. b. H., Barmstraße 11.
 - J. W. Nisot, Barmstraße 12A.
 - Carl Zogelin, Johannisstraße 11.

Bekanntmachung.

Das k. k. Generalkommando IX. Armeekorps hat an die einzelnen Behörden für Volksnahrung ein Rundschreiben folgenden Inhalts erlassen:

Bei der erfahrungsgemäß in den letzten Monaten des Wirtschaftsjahres sich ergebenden großen Knappheit an Lebensmitteln wird in diesem Jahre in verstärktem Maße die Kartoffel die Grundlage der Ernährung bilden müssen.

Unter Zugrundelegung von rund 7 Pfd. pro Kopf und Woche hat eine sehr große Anzahl von Haushaltungen ihren Winter- bzw. sogar Jahresbedarf zu Keller nehmen können. Es wird nun nicht nur durch Verderben, auf dessen Vorbeugung die zuständigen Stellen in dankenswerter Weise häufig genug hingewiesen haben, ein harter Abgang eintreten, sondern ferner dadurch, daß viele Haushaltungen über das zuständige Maß hinaus verbrauchen, sehr oft durch Bereitung von Kartoffelmehl, auch durch Verfüttern an Haustiere. Die Gründen um Nothlieferungen werden in hartem Maße an die Betroffenen herangetragen. Das Publikum rechnet mit der großen Ernte und glaubt den spärlichen Verbrauch nicht achten zu müssen. Bei der vielfältigen Beanspruchung der Kartoffeln — große Mengen werden zum Bedarf der technischen Hilfsmittel für das Meer verbraucht — wird eine höhere Verteilung aber auch härter nicht möglich sein.

Um die Erntehilfe Kartoffelstelle steht sich erneut veranlagt, darauf hinzuwirken, daß jeder einzelne, der Kartoffeln eingenommen hat, mit seinem Vorrat die bestimmte Zeit auskommen muß. Anträge auf Nachlieferung von Kartoffeln müssen derjenigen, welche ihren Vorrat zu früh verbraucht haben, grundsätzlich abgelehnt werden, da auch die Zusammenstellungen der Reichskartoffelstelle nur nach dieser Kopfmenge von 1 Bund täglich berechnet sind. Da bei der knappen Futterernte und der ebenfalls nur mittelmäßigen Getreidernte ein Ersatz für fehlende Kartoffeln durch Erzeugung von Ersatzbrot oder Brot nicht eintreten kann, hat jeder das dringende Interesse daran, sich mit seinem Vorrat einzurichten und hauszuhalten.

Wer trotz der wiederholten Mahnungen dies nicht beachtet, tut dies auf eigene Verantwortung. Lübeck, den 23. Januar 1918. (362)

Die Städtische Kartoffelstelle.

Deine morgen 8 1/2 Uhr entleert und nach kurzem Warten wieder meine alte Frau (551)

Emma Trinitis geb. Hellwich

im 31. Lebensjahre. Hier bewohnt von mir, meinen Kindern und Angehörigen.

Johann Trinitis und Kinder. Die Frauenerben haben am 26. Januar 1918 1 1/2 Uhr im 1. Stock des Grundstückes 102.

Für die zahlreichste Beteiligung und besten Bescheid bei der Versteigerung untere Habere Schöne, das Grundstück 102.

Johs. Kanstein werden wir alle unsern innigsten Dank aus. (554) H. Latzenburg und G. K. K. K. Graz Anna Meier.

Krawatten
Hosenträger
Herrn-Wäsche
Aug. Janensch
Sandstr. 6. (340)

Gaterh. Zschl. Bettstelle mit Spiralfeder-Matratze zu verk. (547) Friedenstr. 31, II.

Kauf von Säcken. (549) E. Tesmer, Dannewartgrube 15.

Hansa-Theater. Sonntag, 27. Jan., abds. 7 Uhr: Zur Feier des Geburtstages Sr. Majestät des Kaisers. Jubelouvert. v. C.M.v. Weber. **Der Tugendhof.** Lustspiel in 4 Akten von Rich. Showronck. Während der Pausen Konzert des Theater-Orchesters. Nachm. 3 Uhr: Kleine Preise. **Der Juxbaron** Operette in 3 Akten von Walter Kollo. (344) Montag, den 28. Januar: Keine Vorstellung.

Stadttheater. (340) Freitag, den 25. Januar 1918

Missa von Barabehn. Lustspiel von G. E. Lessing. Sonntag, den 25. Jan. 1918:

Margarethe (Faust). Sonntag, den 27. Januar 1918:

Vorspruch gesprochen von Eva Gähns. Hierauf:

Gastspiel von Gertrud Steinweg u. Ehrlich Thielke

Die Zauberflöte. Anfang der Vorstellungen 7 Uhr.

Sitzung

der **Arbeiterräte** sämtlicher Betriebe am Dienstag, dem 29. Januar abends 8 Uhr

im **Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.**

Tages-Ordnung: **Besprechung wichtiger Angelegenheiten.** Der Einberufer.

NB. Diejenigen Betriebe, welche keine Arbeiterräte haben, werden aufgefordert, Vertreter zu entsenden. Die in der Versammlung am 23. d. Mts. nicht erschienenen Arbeiterräte-Mitglieder haben unter allen Umständen anwesend zu sein. 350 D. O.

Konsumverein für Lübeck u. Umgeg. c. G. m. b. H.

Bezirksversammlungen für die Abgabestellen in:

Moising Sonnabend, den 26. Januar, abends 7 1/4 Uhr, in Siemers Kaffeehaus.

Eutin Sonntag, den 27. Januar, nachmittags 3 Uhr, im Gasthaus Hansa, Markt 17.

Uhrensböden Sonntag, den 27. Januar, nachmittags 3 Uhr, bei Herrn Gastwirt Blunk.

Am Klosterhof Mittwoch, den 30. Januar, abends 8 Uhr, bei Herrn Gastwirt Stahmer, Kronsforder Allee, Ecke Kahlhorststr.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

1. Geschäftsbericht.
 2. Wahlen zum Genossenschaftsrat.
- Um zahlreichen Besuch seitens der Mitglieder und deren Frauen bitten

Der Vorstand. (342)

Oeffentlicher Vortragsabend Sonnabend, den 26. Januar, abends 8 Uhr, im Marmorsaal:

„U-Bootkrieg u. U-Boothelden“

Lichtbildvortrag von Oberleutnant a. D. Dr. Zowe-Berlin. Karten zu Mk. 1.—, 50 und 20 Pfg. an der Abendkasse und im Vorverkauf bei Nagel und Ernst Robert. (341)

J. H. Pein Am Markt 12. Breite Straße 64.

Beste Bezugsquelle für erstklassige Manufakturwaren: Spezialhaus für Betten, Bettfedern u. Daunengarderob. Arbeiter- und Berufs-Kleidung.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands. Zahlstelle Lübeck. Distrikt Rensfeld-Schwartau.

Die Auszahlung der Unterstützung für die Kriegerfrauen findet statt: **Am Sonntag, dem 27. Januar** in Seerich bei E. Cordts morgens von 9—12 Uhr, in Schwartau nachmittags von 2—6 Uhr im Gasthof Trankehaal. Die Unterstützungskarte ist vorzulegen. 353 Die Orts- u. Distriktverwaltung.

Kaisergeburtstagspende R. K.

Ueberweisungen: Spar- und Anleihekasse.

Eiserne Nägel zur Adlernagelung in allen durch Plakate kenntlichen Geschäften.

Kaiserbild: Kunsthandlung B. Nöhriag. 345

Jenseits.

Trotz al dem bleibt die Frage bestehen, wo das Ende ist. Solange nicht politische Kunst oder militärische Kraft unter dies blutige Kapitel der Weltgeschichte den Schlussstrich setzt, werden Millionen menschlicher Gehirne nicht aufhören, sich an jener Frage zu zermartern, werden sich um sie Parteien bilden und spalten, werden Leidenschaften aneinanderprallen und Ereignisse entstehen, die kein Prophet voraussehen kann. Und nicht eher wird es Ruhe geben, als bis die Macht der Tatsachen dem Wirrwarr draußen und drinnen ein Ende macht.

Auf vielen Gebieten der Weltpolitik stehen wir seit ein paar Tagen vor neuen Ereignissen, die wir erst geistig verarbeiten müssen, während das Denken der meisten noch in gemöhnten Bahnen einherläuft. Die „Kriegsgegner Lloyd George und Wilson“ halten auffallend friedensfreundliche Reden. Die bis zum äußersten nationalistischen Arbeiter Englands treten gegen das neue Militärgesetz in den Streik, in einer Berliner Zeitung konnte man sogar vom Generalstreik lesen, der in Manchester ausgebrochen sei. Die Arbeiter Schottlands wollen folgen. Carlson, der Mann, der es ohne das linke Rheintal nicht machen wollte, und seitdem für alle Friedensfreunde Englands die Zielscheibe der schärfsten Angriffe war, ist aus dem Kriegskabinet ausgetreten.

Eine andere Berliner Zeitung veröffentlicht eine sehr interessante Statistik über die täglichen Auflagen der Londoner Zeitungen, aus der hervorgeht, daß die (einem Verständigkeitsfrieden geneigten) „Daily News“ täglich eine Million Exemplare abheben, eine Ziffer, die der gleichen sachlichen Zielen zustrebende „Vorwärts“ erst später einmal zu erreichen hofft.

Inzwischen läuft die weitere Nachricht ein, daß die Munitionsarbeiter von Woolwich, der altberühmten Waffenfabrik Englands, für einen Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker eintreten, weraus man versteht, warum der gute Professor Hearnshaw (es gibt auch in England Professoren) im „Daily Telegraph“ als dritte der drei großen Gefahren — die beiden ersten sind die deutsche Offensive und die Hungersnot — die englischen Bolschewiki nennt.

Dies ist jedoch ein Irrtum, wie er Professoren, die sich auf das Gebiet der Politik begeben, so oft passiert. Es gibt in England keine Bolschewiki, so wenig wie es solche in Deutschland gibt. Der Bolschewismus ist lediglich die russisch-nationale Form des Internationalismus und auch in Rußland nur eine Teilform von ihm. Wenn englische Arbeiter streiken oder sich zum Streik rufen, um eine friedensfreundlichere Haltung ihrer Regierung zu bewirken, so sind sie deshalb noch keine Bolschewiki, und haben wie drüben sollte man von der Meinung lassen, daß der innere Zusammenbruch die Arbeit des Schwertes vollenden wird. In Deutschland gibt es sehr viele, die mit der Politik der Regierung in der letzten Zeit sehr unzufrieden waren, aber doch keinen, der die Niederlage und den „Schmachfrieden“ will. Und ähnlich wie in Deutschland wird es wohl auch in England sein.

Je tiefer die Dinge in Rußland ins Chaos zurückstürzen, desto aufmerksamer müssen wir die Vorgänge im Westen verfolgen, die für einen Stimmungsumschwung zugunsten des allgemeinen Friedens sprechen. Schon ist in der deutschen Presse die Frage aufgeworfen worden, ob es überhaupt einen Zweck habe, mit Eintagsvögeln weiter zu verhandeln, mögen sie nun kleinrussisch oder großrussisch sein. Darauf ist zu antworten: es hat einen Zweck, wenn der Frieden, der mit unbeständigen Regierungen geschlossen wird, so beschaffen ist, daß er beständig sein kann. Gar keinen Zweck aber hätte das diplomatische Erklaren eines Sonderfriedens unter Bedingungen, die von der Mehrheit des russischen Volkes als unerträglich empfunden würden. Aus der freiwilligen Erklärung des Grafen Czernin vom 18. Januar ent-

nehmen wir, daß solche Absichten auf Seiten der Mittelmächte nicht bestehen, und nur wird alles darauf ankommen, daß aus dieser Erklärung auch alle praktischen Konsequenzen gezogen werden, die sich aus ihr ehrlicher- und verständigerweise ergeben.

Es ist im Interesse beider Teile sehr zu beklagen, daß die Tagung der russischen Konstituante ein so tragisch rasches Ende genommen hat. Denn wir sind begierig, die Stimme des ganzen russischen Volkes zu vernahmen, mit dem wir — und nicht nur mit dessen augenblicklichen Machthabern — zum Frieden kommen wollen. Aus dem wenigen, was wir von der Konstituante wissen, erkennen wir den lebhaften Wunsch, statt eines Sonderfriedens einen allgemeinen Frieden abzuschließen. Ja, die ganze Welt rings um Deutschland ist von dem Gedanken an einen allgemeinen Frieden voll.

Daß aber auch aus dem Westen jetzt verständlichere Stimmen herüberdringen, wird hier zu Lande vielfach so gedeutet, daß jene Staaten eben unmittelbar vor dem Niederbruch stünden. Somit wäre der Zeitpunkt erreicht, in dem es nur noch auf die berühmten letzten „fünf Minuten“ ankommt, die den Ausscharen mit dem letzten Vorbeerb können. Jedoch fünf Kriegsmunuten sind keine Ewigkeiten, und in fünf Kriegsmunuten können mehr Menschen elend zugrunde gehen als in fünf Friedensjahren geboren werden. Allen, denen etwas in die Ohren geklopft wird, damit sie die Sirenenklänge des allgemeinen Weltfriedens nicht hören sollen, möchten wir die Frage ins Ohr schreien, ob das, was in den letzten fünf Kriegsmunuten geschehen kann, für sie nichts ist, und ob es nicht die Aufgabe der Politik ist, wie vermeidliche Kriege auch vermeidliche Fortsetzungen des Krieges zu vermeiden, wenn sich ein ehrenvoller Weg dazu bietet.

Schönfärberei wäre es, zu sagen, daß dieser Weg schon offen liegt. Aber schon zeigen sich im blutigen Sand Spuren, die zu ihm zu führen scheinen, und es muß im Lande Leute geben, die es sich zur Pflicht machen, ihnen mit Eifer und Beharrlichkeit nachzugehen. Es ist der Hunger, der England auf den Weg zum Frieden bringt? Nun, dann wollen wir warten, nicht bis England verhungert, sondern bis es friedliebend geworden ist. Und so wollen wir handeln, nicht aus Menschlichkeit gegen die Feinde, die ja, wie viele von uns sagen, nur „Humanitätsduelle“ ist, sondern aus Menschlichkeit gegen uns selbst. Wie erstaunlich wenig der Mensch braucht, um nicht zu verhungern, ist neuerdings an Millionen Exemplaren dieser Gattung experimentell nachgewiesen, so daß die Fortsetzung des Versuchs nicht mehr reizen kann.

Die Arbeiter wollen den allgemeinen Frieden so bald als möglich, und sie wollen ihren Regierungen sagen, daß sie ihn wollen. Und dies eine noch: Wenn die Arbeiter drüben beginnen, international zu denken und zu handeln, so werden sie bald bemerken, daß die deutschen Arbeiter nicht weniger international sind als sie selbst.

Der Hauptauschuß gegen die Zensur.

Außer dem bereits gestern mitgeteilten Antrag des Unterausschusses liegt noch der Antrag Ebert-Heine vor, folgendes Gesetz über die Handhabung des Belagerungszustandes zu erlassen:

Artikel 1. Die den Militärbehörden auf Grund des Gesetzes über den Belagerungszustand zustehenden Befugnisse beschränken sich der Presse einschließlich des Buchverlags gegenüber auf das Gebiet der Mitteilung von Tatsachen der Kriegsführung und deren Kritik, soweit durch solche Erörterungen militärische Unternehmungen beeinträchtigt werden könnten.

Die Erörterung der Kriegs- und Friedensziele, von Verfassungsfragen und Angelegenheiten der inneren Politik unterliegt nicht der Zensur.

Artikel 2. Verbote von Zeitungen und Zeitschriften dürfen nur aus Gründen der Gefährdung militärischer Unternehmungen und nur mit Zustimmung des Reichstanzlers und nach Anhörung

des Herausgebers über die Gründe des beschlossenen Verbotes erfolgen.

Das Verbot darf sich bei einer täglich erscheinenden Zeitung nicht auf mehr als drei Erscheinstage, bei einer in längeren Zeiträumen erscheinenden Druckschrift nicht auf mehr als drei Ausgaben erstrecken. Dies gilt auch für bereits ergangene Verbote.

Artikel 3. Versammlungen, die sich mit der Erörterung öffentlicher Angelegenheiten befassen sollen, dürfen nur verboten oder aufgelöst werden, wenn Tatsachen vorliegen, die befürchten lassen, daß die Abhaltung der betreffenden Versammlung unmittelbar zu einer Störung der öffentlichen Ordnung führen oder die Sicherheit des Reiches gefährden würde.

Artikel 4. Gegen die in Artikel 2 und 3 vorgezeichneten Maßnahmen steht jeder davon betroffenen Person die Beschwerde zu.

Artikel 5. Zuständig zur Entscheidung über die Beschwerde ist der Reichsausschuß für die Prüfung der Maßregeln des Belagerungszustandes.

Artikel 6. Der Reichsausschuß besteht aus einem Vorsitzenden und 14 Beisitzern. Vorsitzender ist der Stellvertreter des Reichskanzlers. Die Beisitzer werden zur Hälfte vom Bundesrat, zur Hälfte vom Reichstag ernannt.

Kerner der Antrag Göttsch: „Bis zum Erlass des im Artikel 68 der Reichsverfassung angefügten Gesetzes über den Kriegszustand ist gegenüber den Anordnungen der Militärbehörden in bezug auf die Handhabung der Zensur und des Vereins- und Versammlungsrechts der Reichskanzler Aufsichtsstelle und Beschwerdestelle.“

Außerdem der Antrag Fischbeck, Erberger, Danil: „Außer dem Antrag Fischbeck, Erberger, Danil: Die Aufhebung des Verbotes des „Berliner Tageblattes“ herbeizuführen zu wollen.“

Abg. Fischbeck: Man könnte nach den gestrigen Verhandlungen eigentlich überrascht sein, daß jetzt das „Berliner Tageblatt“ verboten wurde. Es handelte sich um den Artikel des Dr. Leberer, dessen Veröffentlichung die Zensur unter dem Vorbehalt gestattet hatte, daß er nicht gegen die Richtlinien verstoße. Nur mit Hilfe einer gekünstelten Konstruktion konnte man zu einem Verbot kommen. Jedenfalls dürfte man der Redaktion den guten Glauben nicht abprechen.

Major Grau verliest die Begründung des Verbotes, das erfolgen mußte, weil die von der Zensur gegebenen Richtlinien verletzt worden sind. Das „Berliner Tageblatt“ habe sich vorbehaltlos auf die Seite der österreichischen Arbeiter gestellt. Damit bestünde die Gefahr, daß dem Uebergreifen der Bewegung auf Deutschland Vorstoß geleistet würde. Es schweben bereits Verhandlungen mit der Redaktion wegen Aufhebung des Verbotes.

Der Antrag Fischbeck wurde gegen die Stimmen der Konvention angenommen.

Aus der Mitte des Ausschusses heraus wurde nun angefragt, die ganzen Anträge noch einmal an den Unterausschuß zurückzuverweisen. Damit war der Ausschluß einestimmig.

Nach Wiederannahme der Verhandlungen teilt Major Grau mit, daß das Verbot des „Berliner Tageblattes“ aufgehoben sei.

Zur Verhandlung steht nunmehr auch der folgende vom Unterausschuß mit 6 gegen 1 Stimmen angenommene Antrag:

Bis zum Erlass des im Artikel 68 der Reichsverfassung angefügten Gesetzes über den Kriegszustand wird gegenüber den Anordnungen der Militärbehörden, soweit sie sich nicht auf die Zensur und das Vereins- und Versammlungsrecht beziehen, eine militärische Zentralinstanz als Aufsichtsstelle und Beschwerdestelle errichtet.

Soweit sich diese Anordnungen auf die Handhabung der Zensur und des Vereins- und Versammlungsrechts beziehen, ist der Reichskanzler Aufsichtsstelle und Beschwerdestelle.

Ferner ein Antrag Dittmann, auf Aufhebung der Belagerungszustandes und Wiederherstellung der Vereins- und Pressefreiheit.

Abg. Ebert zieht den Antrag Ebert-Heine zurück, mit dem Bemerkung, daß seine Fraktion nach wie vor an der Fortsetzung auf Aufhebung des Belagerungszustandes besteht.

Abg. Dr. Ehn begründet den Antrag Dittmann. Gegen die Handhabung der Zensur ist so wichtiges Material beigebracht worden, daß sie von keiner Seite mehr verteidigt werden könnte. Alle Volksteile wenden sich heute gegen die durch nichts begründete Beschränkung der persönlichen Freiheit. Das tiefe Mißtrauen der Bevölkerung ist in höchstem Maße begriffen. Es hilft nur die Aufhebung des Belagerungszustandes, der keine Stunde zu Recht bestanden hat. Dem Antrag des Unterausschusses

Handel und Wandel.

Von F. W. Gadländer.

Bei diesen Worten fiel etwas in meinem Zimmer auf den Boden und Philipp schrie gleich darauf zu mir zurück, in der Hand einen Nachhaken, der so schönartig war, daß man ihm ansah, er habe schon verhängnisvolle Male denselben Dienst wie heute versehen. Mein Kollege blickte mir stumm zum Dien nieder, schaufelte eine Partie Kohln hinein, nahm ein Scheit Holz unter den Arm und trug beides ins Nebenzimmer. Darauf sprach die Gaststimm: „Merzi, Jüngling.“ Das Fenster wurde geschlossen und der heulende Gesang tönte, nur gedämpft, noch eine gute Weile fort.

Ich sah Philipp fragend an; so neugierig ich war, warum mein Vorgehender jenes unbegreifliche Verlangen alsbald erfüllt hatte, so mochte ich doch das tiefe, melancholische Nachdenken, in das er versunken war, nicht unterbrechen, sowie das Selbstgespräch, das er dazu hielt. „Ja“, murmelte er vor sich hin, „es ist noch mein Tag! er soll, er muß mich in Ruhe lassen! Ich will alles, alles haben — alles? Ich sehe er fragend hinzu und feuerte tief auf: „Nein, nein, ich kann nicht.“ — O Barbar! — Hier unterbrach er sich, und ich blieb im Zweifel, ob er Barbar sagen wollte, oder eine verhängnisvolle Entschlüsse verschluckte. Mit trübem Blick schaute er darauf ins Feuer und war sichtlich tief ergriffen. Es mochte ihm wohl tun, keine Brust in etwas zu erleichtern; nach einem tiefen Seufzer und ohne auf meine ausdrückliche Frage von meiner Seite zu warten, hob er an zu erzählen: „Als ich vor drei Jahren hier ins Haus kam, wohnte ich gleich in diesem Zimmer hier und es gefiel mir ganz wohl. Ich lebte den Tag über meinem Geschäft, denn damals schwärmte ich für den Spezereihandel noch mehr als jetzt. Ich liebte meine Läden und konnte stundenlang den Kaffee und Reis durch die Finger gleiten lassen, mich freuen über ihre Güte. Das Zimmer im Nachbarhause drüben war noch leer; es diente als Kumpellammer. Da sah ich, wie man eines Tages die Fenster öffnete, wie die alten Möbel hinausgeschafft wurden und man den Boden segte. Ich erfuhr, die Stube sei an einen medizinischen Studenten vermietet, der frisch von der Universität komme und hier eine Zeitlang still für sich leben wollte, um sich auf das Examen vorzubereiten. Ich freute mich orientlich auf diesen Herrn; da unsere Fenster so nahe beieinander liegen, hoffte ich auf manche geistreiche Unterhaltung mit dem jungen Doktor drüben und dachte dabei namentlich meine Kräuterkenntnis zu vernehmen, denn wir mochten auch in Kräutern.“ — Aber guter Gott! Er zog ein, denken Sie sich, er zog ein, mit drei Büchern — ein Student mit drei Büchern! aber mit einem Duzend Pfeifen, mit einem ungeheuren Biengläse und etlichen Rordwaaffen und was glauben Sie? — mit — dem Gerippe eines Menschen! Die Magd drüben hat mir erzählt, ihre Kadame sei beim Anblick dieses schrecklichen Dinges in Ohnmacht gefallen und habe verlangt, der Student solle logisch wieder ausgehen, worauf

dieser sie ausgelacht habe und dageblieben sei. Er ließ sich nicht vertreiben, und die Polizei, an die man sich wendete, sagte, man könne nichts tun. Als man drauf dem Herrn Barbub gleich wieder aufständigte, verzichtete er lachend, er wolle gern das Mäuseloch räumen, aber kein Skelett habe eine solche Reizung zum düstern Zimmerchen gehabt, daß es jedenfalls in Person der Frau vom Haupte keine Aufwartung machen und um Verlängerung des Mietvertrages anfehlen würde. Ich bitte Sie! lassen Sie den größtlichen Gedanken? Auch bekam unsere Nachbarin die allerbedenklichsten Zufälle, und ich hatte einen ganzen Tag fast nichts zu tun, als Kampfser und Hirschkorngeist für sie abzumengen. Herr Barbub aber blieb, und denken Sie sich, er erwarb sich die Freundschaft der Madame drüben, aber durch einen für uns sehr betrübten Vorfall.

Schon lange lebte Jungfer Barbara mit dieser Nachbarin nicht im besten Einvernehmen, und da beider Schlafzimmer zwei Treppen unter dem unrigen einander gegenüber lagen, so hatte man schon oft davon gesprochen, die Fenster vermauern zu lassen; denn Madame drüben behauptete, Jungfer Barbara laute beständig in ihr Schlafzimmer hinüber. Wie dem sei, kurze Zeit nachdem Herr Barbub eingezogen war, ziehe ich eines Morgens ruhig meine Tade an, als ich plötzlich vom untern Stod her ein geistliches Geräusch vernahm. Es war die Stimme der Jungfer Barbara, die einen so gelassenen Schrei ausgoß, daß man es durch die halbe Stadt hören konnte. Darauf rief der Prinzipal nach Salmiakgeist, nach kaltem Wasser, und Sie können sich denken, wie ich die Treppen hinaufstürzte. Ja, ich vergaß mich in der Alferation so weit und rannte in das offenstehende Schlagemach der Jungfer Barbara, wo ich einen entsetzlichen Antritt sah.

Jungfer Barbara lag mit halbgeschlossenen Augen auf einem Lehnhuhl am Fenster — denken Sie, nur halb angekleidet — und hatte mit der Hand krompftast die Schür des Vorhangs gefaßt, der dadurch in halber Höhe ausgezogen war. Ich blühte durch das Fenster nach dem Nachbarhause, und was ich sah am offenen Fenster des Schlagemaches gegenüber! Das Gerippe des Herrn Barbub, angetan mit einer großen schwarzen Halsbinde, ein Leintuch um den Leib geschlungen, und aus dem grünenden Mause hing ein Zettel, wie man es auf alten Bildern sieht, worauf geschrieben stand: Guten Morgen, liebe Schwester!

Ich fürchte gleich auf die Postel, doch als ich mit einem Sergeanten zurückkam, war das Skelett drüben weg und die Sicherheitsbehörde konnte nichts für uns tun, als daß sie der Madame drüben nach diesem Vorfall die Erlaubnis gab, den Herrn Barbub sofort vor die Tür zu setzen. Das tat sie aber nicht, nein, sie tat es nicht, und er blieb zu meinem Schrecken und Entsetzen. — Sie können sich vorstellen, ich sah mich anfangs um meinen fürchterlichen Nachbar gar nicht kümmern. Ich hielt meine Fenster verschlossen, und wenn er beim Laden vorbeikam, wandte ich den Kopf weg. Doch was half es? Gott mag wissen, weshalb er es auf mich abgesehen hatte, aber er warde alles an,

um meine Bekanntschaft zu machen und mich zum Sprechen zu bringen. Wie oft kam er in den Laden, um Tabak zu kaufen, und wie oft reichte ich ihm das Verlangte hin, ohne ein Wort zu sprechen! Da war er aber boshaft genug, mir die größtlichen Dinge vorzuführen, von Reichtum, die er verschmitzt und denen er die Haut abgezogen. Und das mußte er alles so schauerhaft anzumalen, daß ich vor Ekel den ganzen Tag kein Fleisch anheben konnte, und obendrein kam er mit dergleichen Geschichten meist vormittags; kurz, ich mußte mich nicht vor ihm zu retten.

Da eines Tages hatten wir eine Geschichte miteinander. Nun, das Nähere wird Sie eben nicht interessieren.“ — Hier klopfte Philipp und schen eine unangenehme Erinnerung niederzukämpfen. — „Also von dem Tage an mußte ich mein Fenster öffnen, mußte gute Nachbarschaft mit dem Ueberser haben! Haben Sie nie die Geschichte jener zierlichen Jungfrau gesehen, die in der Höhe des Daches angeheftet war und die dem Gewusel die Pfeife stopfen und Kaffee kochen mußte? Just so erging es auch mir. Von jenem Tage an mußte auch ich ihm für Tabak und Kaffee sorgen, denn er hatte mich belauscht und einen Beweis gegen mich in Händen.“ — O Barbar!

Aber, erregte ich meinem unglücklichen Kollegen, haben Sie denn nie etwas, um sich der Herrschaft des Doktor Barbub zu entziehen? — Philipp schüttelte bei dieser Frage die Hände über dem spitzen, mogeten Arnen und sagte mit betäubter Stimme: „O Gott, ja! Nach langem Kampfe mit mir selber ließ ich ihm eines Tages sagen, als er aus neue Tabak und Kaffee verlangte, er möchte die Gnade haben und vorher die alte Rechnung begleichen. Was tat er? Als ich abends harmlos am offenen Fenster lehne und ihm ein recht freundliches Gesicht machte, und eben ein verhängnisvolles Gespräch einleiten will, zeigt er auf einmal eine große Mißstube, auf der mit deutlichen Buchstaben zu lesen steht: Scheidewasser. Und diese Mißstube steht er auf das Fenstergestirn, indem er mir einen fürchterlichen Blick wirft. Ich sehe ihn harmlos zu, wie er eine große gläserne Spritze mit Scheidewasser anfüllt. Er legt sie vor sich hin, stellt sich erst eine lange Pfeife an, und jetzt nimmt er die Spritze, denken Sie, und richtet sie auf mich. Daß ich laut schreie und zurücksteh und die Fenster zuwarfen können Sie sich leicht denken. Gott, ich konnte ihm! Er hätte mich fürchterlich unglücklich gemacht auf geblieben.“ — Von der Zeit an schloß Philipp keine Erzählung, habe ich nie mehr gewagt, ihm etwas abzufragen, und ich will nur sehen, wie lange ihm der Himmel noch da drüben duldet. — Doch jetzt ist es zehn Uhr, und da Jungfer Barbara befohlen hat, daß um diese Stunde kein Licht mehr im Hause brennen darf, so wollen wir uns zu Bett legen.

Ich war das gleichfalls zufrieden; doch ehe ich mich unter mein Dach hob, beauftragte ich vorher nochmals die schreckliche Gesellschaft, die mein Lager umgab, und ergoß mich an dem abenteuerlichen Geschehen der letzten Figuren. (Beilage folgt.)

